

D. Arbeit(en) im Dienstleistungssektor in Cisleithanien

von

Peter Eigner

Was haben ein Dienstmädchen, ein Bankangestellter, ein Kaufmann, ein Börsenmakler, ein Eisenbahnbediensteter, ein Hausierer, ein hoher Staatsbeamter, ein Handlungsgehilfe, ein Wäscherin, ein Kutscher, ein Kunstmaler, ein Universitätsprofessor, eine Kellnerin, ein Arzt oder Anwalt gemeinsam? Nichts oder nicht sehr viel, jedoch eine Gemeinsamkeit weisen sie dennoch auf: Ihre beruflichen Tätigkeiten sind allesamt dem Dienstleistungssektor zuzurechnen. Unter dem Begriff Dienstleistung verstecken sich demzufolge äußerst heterogene, auch dem Einkommen und sozialen Status nach höchst unterschiedlich bewertete berufliche Tätigkeiten. Diese Vieldeutigkeit erschwert eine Definition und hat dazu geführt, dass oft, was weder zur Land- und Forstwirtschaft noch zur Produktion zählt, einfach dem Dienstleistungssektor zugeordnet wird. Der Dienstleistungssektor umfasst Wirtschaftsbereiche wie den (Groß- und Klein-)Handel, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, das Hotel- und Gastgewerbe, das Geld-, Kredit- und Versicherungswesen und sonstige Wirtschaftsdienste, den öffentlichen Dienst bzw. die Bürokratie, die freien Berufe, Bildungseinrichtungen, das Gesundheitswesen, Reinigung, Militär, häusliche Dienste bzw. Hausdienerschaft etc. Ihm zuzurechnen wären ferner auf Service-, Reparatur- und Montageleistungen spezialisierte Gewerbebetriebe, wobei die amtliche Statistik eine eindeutige Trennung von Produktions- und Dienstleistungsgewerben verunmöglicht. Dem Dienstleistungssektor wurden selbstständige wie unselbstständige Tätigkeiten, Arbeiter- wie Angestelltenpositionen zugeordnet. Er setzte sich aus Angehörigen aller Schichten zusammen, aus Unter-, Mittel- und Oberschichten, aus groß- und kleinbürgerlichen ebenso wie proletarischen Existenzen. Und selbst hinter der gleichen Berufsbezeichnung konnten sich mehr Abweichungen – hinsichtlich Arbeitsleben, Lebensstil, Prestige oder Einkommen – als Übereinstimmungen verstecken. Auch wo man seine Tätigkeit ausübte, beeinflusste die materielle Lage und die soziale Stellung einzelner Berufsgruppen. Versuchte man etwa die Lebenswelt eines hohen Staatsbeamten in Wien mit der eines kleinen untergeordneten Beamten in einer Kleinstadt der Habsburgermonarchie zu vergleichen, so wären die Unterschiede weit größer als etwaige Gemeinsamkeiten. Ein Advokat in einem Agrarstädtchen hatte das beschaulichere, vielleicht sogar angenehmere Leben, im Gegensatz zu einem Advokaten in einer reichen Handels- oder Gewerbestadt dürfte er aber weit weniger verdient haben. Als genauso entscheidend erwies sich, in welchem Maßstab man sein Geschäft betrieb oder seine Tätigkeit ausübte, ob als kleiner selbstständiger Kaufmann oder als Großkaufmann, ob als Angestellter in einem Wiener

Warenhaus wie „Gerngross“ oder in einem kleinen Geschäft in einem Wiener Vorort bzw. in einem größeren Dorf. Die Gesamtheit des Dienstleistungssektors konfrontiert uns demnach mit sehr heterogenen Lebens- und Arbeitswelten. Eine Besonderheit bildet der hohe und im Untersuchungszeitraum stark zunehmende Frauenbeschäftigtenanteil, wobei der Warenhandel, der häusliche Dienst, das Gast- und Schankgewerbe, diverse Bürotätigkeiten sowie das Unterrichts- und Bildungswesen als Frauendomänen herausragten¹. Eine weitere Differenzierung innerhalb der Dienstleistungen ergibt sich aus der Tatsache, dass wir es dabei neben traditionellen Tätigkeiten – etwa dem häuslichen Dienst – mit im Laufe des Industrialisierungsprozesses neu entstandenen bzw. stark expandierenden Berufsfeldern zu tun haben (z.B. Advokaten, private Dienstvermittler, Plakatierer, Privat-Schreibstuben, Fotografen, Friseure, Lohnkutscher, Spediteure bzw. Frächter, Optiker, Versicherungsagenten oder Zahntechniker). Auch ein neuer Arbeitnehmertypus, der des Angestellten, verbreitete sich vorwiegend im tertiären Sektor, und das Angestelltenwachstum bildete eine herausragende Entwicklungstendenz im Untersuchungszeitraum. Im Wesentlichen lassen sich drei zentrale Funktionen ausmachen, die auf den überwiegenden Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten im Dienstleistungsbereich zutreffen: die Erbringung persönlicher Dienstleistungen im engeren Sinn, die Überwindung von Zeit und Raum und die Aufbereitung von Information².

1. Das Wachstum des Dienstleistungssektors in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Mit wenigen Ausnahmen befanden sich die unter dem Begriff Dienstleistungen subsumierten Wirtschaftsbereiche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Habsburgermonarchie in einer deutlichen Expansion begriffen. Ihr Wachstum war eine Folge der Industrialisierung, z.B. der fortschreitenden Auflösung der Produktionseinheit des „ganzen Hauses“ und der zunehmenden Arbeitsteilung, die immer mehr Planungs-, Koordinations- und Kontrollfunktionen erforderte, weiters des Strukturwandels des Agrarsektors, der Grundentlastung, der eingeschränkten Bedeutung des Zunftsystems, des Ausbaus der Verwaltung etc. Der tertiäre bzw. Dienstleistungssektor gewann auf diese Weise stark an Bedeutung, und zwar nicht nur gegenüber dem allmählich an Gewicht verlierenden primären Sektor der Land- und Forstwirtschaft. Er wies ab 1890 sogar eine erheblich größere Entwicklungsdynamik auf als der sekundäre Sektor (Industrie/Gewerbe). Verdeutlicht wird dies etwa durch die Entwicklung der berufstätigen Bevölkerung Cisleithaniens zwischen 1869 und 1910.

¹ ERNA APPELT, *The Gendering of the Service Sector in late Nineteenth-Century Austria*; in: DAVID F. GOOD, MARGARETE GRANDNER, MARY JO MAYNES (Hgg.), *Austrian Women in the Nineteenth and Twentieth Centuries. Cross-Disciplinary Perspectives* (= *Austrian Studies* 1, Providence – Oxford 1996) 115–131.

² Vgl. dazu ROLAND LÖFFLER, MICHAEL WAGNER, *Der tertiäre Sektor – eine Funktionsbestimmung*; in: *Beiträge zur historischen Sozialkunde* 4 (1983) 112.

Tabelle 61: VERTEILUNG DER BERUFSTÄTIGEN BEVÖLKERUNG ÖSTERREICHS 1869–1910
(in Prozent)

	Landwirtschaft	Industrie und Gewerbe	Dienstleistungen ^{a)}
1869	67,18	19,68	5,16
1890	62,41	21,23	6,23
1900	58,16	22,25	7,34
1910	53,00	23,13	9,87

^{a)} Hier fehlen jene Beschäftigten, die der Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols (Polizei, Militär) dienen.

Quelle: HERBERT MATIS, KARL BACHINGER, Österreichs industrielle Entwicklung; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973) 146.

Statistische Zuordnungsprobleme und Ungenauigkeiten auf vielen Ebenen erschweren bzw. verunmöglichen es, zu einem eindeutigen quantitativen Befund zu gelangen³. Einigermaßen konsistente Zeitreihen über einzelne Dienstleistungsbereiche liegen nur für den Zeitraum 1890 bis 1910 vor.

Tabelle 62: WACHSTUM DER BERUFSTÄTIGEN IN AUSGEWÄHLTEN BEREICHEN DES DIENSTLEISTUNGSSEKTORS
(Anzahl der Erwerbstätigen)

	Warenhandel	Eisenbahn	sonst. Transport	sonst. Handels-, Ver- kehrsgewerbe	Gast-, Schankgewerbe
1890	325.456	96.482	99.487	40.238	164.185
1900	399.905	139.372	125.121	30.377	194.527
1910	573.781	219.294	177.486	39.922	258.465
	Selbstständig ausgeübte häusliche Dienste	Geld, Kredit, Versicherung	Hof-, Staats-, öffentl. Dienst	Unterricht, Bildung	sonstige freie Berufe
1890	267.375	15.945	186.661	76.883	48.485
1900	313.082	28.626	236.132	99.982	52.009
1910	255.832	51.843	344.745	131.680	46.759

Quelle: BIRGIT BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur, Gesundheits- und Fürsorgewesen in Österreich 1750–1918 (= Wirtschafts- und Sozialstatistik Österreich-Ungarns 1, Materialien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wien 1978); Daten zusammengestellt nach Tabellen 58–60, 166 ff.

³ ERNST BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte Österreichs (Wien – München 2001) 314 f. So wurde z.B. jener Teil der Dienerschaft, der im Hause des Dienstgebers wohnte, in den Volkszählungen zu den nicht berufstätigen Personen gezählt; dies trifft auch auf die Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen zu, wodurch es insbesondere im Handel zu Verzerrungen kommt. Ähnliche Schwierigkeiten bereitet die Erfassung der Angestellten, Ladenmädchen, Verkäufer und Handlungsgehilfen, die als Arbeiter eingestuft wurden. Die Berufstätigen im Gast- und Schankgewerbe wurden in den Volkszählungen von 1869 und 1880 unter Industrie und Gewerbe gezählt, ab 1890 dem Bereich Handel und Verkehr zugeordnet; vgl. dazu JÖRN PETER HASSO MÖLLER, Wandel der Berufsstruktur in Österreich zwischen 1869 und 1961. Versuch einer Darstellung wirtschaftssektoraler Entwicklungstendenzen anhand berufsstatistischer Aufzeichnungen, phil. Diss. (Wien 1974) 21 ff., 29, 63 f., 69.

Der Prozess der Industrialisierung kam auch in einer verstärkten Urbanisierung bzw. im Städtewachstum zum Ausdruck. Aufgrund des Strukturwandels in der Landwirtschaft, erhöhter agrarischer Produktivität und der Grundentlastung zogen immer mehr Menschen in der Hoffnung auf ein besseres Leben und auf ausreichende Erwerbsmöglichkeiten vom Land in die Städte. Sie waren durch den Wechsel in eine urbanisierte Lebenswelt mit einem tief greifenden Strukturbruch konfrontiert. Städte boten Chancen auf eine höhere Schulbildung, auf stärkere gesellschaftliche Durchlässigkeit und mehr Freizeitmöglichkeiten, sie waren kulturelle Anziehungspunkte und eröffneten bessere Gelegenheiten zur Partner/innen/suche und Familiengründung. Insbesondere für das Wachstum des Dienstleistungssektors war der Urbanisierungsprozess – vor allem das Wachstum großer Städte – von besonderer Bedeutung. Urbanisierung bedeutete Rückgang der Selbstversorgung und Anstieg der Lohnarbeit. Das Wachstum der städtischen Gesellschaften verbesserte das jeweilige Distributionssystem und vergrößerte die Nachfrage nach bzw. das Angebot an Dienstleistungen, insbesondere im Bereich des Einzelhandels⁴. Bestimmte Dienste waren Nachfrage bedingt ohnehin auf Städte konzentriert, insbesondere in den großen Agglomerationen entstand ein dichtes Netz unterschiedlicher Versorgungseinrichtungen, von Handelsbetrieben, aber auch Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen⁵. Parallel dazu wuchs durch das Aufkommen von Vereinen, Museen, Orchestern, Theatern, Veranstaltungsorten, Bibliotheken, Tiergärten usw. das Kultur- und Freizeitangebot. Im Bereich der auf Konsum orientierten Dienste schlug sich die Kommerzialisierung von bisher im Haushaltsverband erbrachten Leistungen unter anderem in einem deutlichen Aufschwung des Gaststätten- und Hotelwesens sowie bislang unbedeutender Branchen wie Körperpflege oder Wäschereinigung nieder. Auch einige traditionelle Aufgaben insbesondere männlicher Dienstboten emanzipierten sich aus der Hauswirtschaft und wurden zu anerkannten bürgerlichen Berufen⁶. Ferner konzentrierte sich das Vordringen neuer Technologien und Industriezweige anfangs auf die Städte und war mit einem Angestelltenwachstum verbunden, wie etwa das Beispiel der Elektroindustrie und ihrer Anwendungen verdeutlicht.

Spezifische Anforderungen an einen modernen Staat und eine adäquate Verwaltung bewirkten, dass der öffentliche Dienst, etwa die Bereiche Gendarmerie und Sanitätswesen, und die Bürokratie stark in Expansion begriffen waren. Die Aufhebung des patrimonialen Untertänigkeitsverhältnisses führte nach 1848 zu einer starken Zunahme der Bürokratie auf Staats-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene. Durch die Ausweitung der staatlichen Verwaltungstätigkeit auf die unterste Ebene ließen sich eine Reihe gut aus-

⁴ HEINZ-GERHARD HAUPT, GEOFFREY CROSSICK, *Die Kleinbürger. Eine europäische Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts* (München 1998) 69.

⁵ BRUCKMÜLLER, *Sozialgeschichte* 314.

⁶ Aus Kutschern wurden Chauffeure, die nunmehr der Klasse der Gewerbegehilfen zugerechnet wurden; aus dem Bediensteten, der seine Herrschaft zu Fuß oder hinten am Wagen stehend begleitete, entwickelte sich der Beruf des Schaffners, MARINA TICHY, *Alltag und Traum. Leben und Lektüre der Dienstmädchen im Wien der Jahrhundertwende* (= *Kulturstudien* 3, Wien – Köln – Graz 1984) 19.

gebildeter Staatsbediensteter in den lokalen Verwaltungszentren nieder⁷. Zudem brachte das rasante Großstadtwachstum neue Herausforderungen mit sich: Assanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen ließen die Beschäftigtenzahlen in den Bereichen Wasser- und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr bzw. Abfallentsorgung, Straßenpflasterung und -reinigung, Beleuchtung, innerstädtischer und Nahverkehr, Feuerwehr etc. deutlich ansteigen⁸. Schul- und Gesundheitswesen mussten ebenso ausgebaut und modernisiert werden wie die Bereiche der Armenfürsorge und der öffentlichen Sicherheit. Aus dieser Fülle neuer Aufgaben resultierte eine zunehmende Bürokratisierung, die Stadtverwaltungen wuchsen an, und es entstand ein weitläufiger Sektor von Kommunalbetrieben. Mit der steigenden Komplexität der kommunalen Verwaltungsfunktionen stieg auch die Zahl der in den städtischen Dienst übernommenen Ingenieure und Angestellten. Abgeschwächt traf eine stärkere Tertiärisierung auch auf Mittel- und Kleinstädte zu. Funktion und Aufgabe der Kommunalverwaltungen kamen somit immer mehr der „Verwaltung eines diversifizierten Großunternehmens“ gleich. In Aussig (Außig; *Ústí nad Labem*) waren beispielsweise 1896 im Rahmen der Stadtgemeinde rund 100 Personen tätig⁹.

Mit dem Voranschreiten der Industrialisierung stiegen Konsumbedürfnisse und Kaufkraft. Von dieser Entwicklung profitierten nicht nur das Vergnügungsgewerbe bzw. das Gast- und Schankgewerbe, sondern insbesondere der Klein- bzw. Einzelhandel. Dieser wurde zum dominierenden Tätigkeitsbereich für das neue Segment der Angestellten, wobei der Handel mit Nahrungsmitteln, der Gemischtwarenhandel und der Handel mit Textil- bzw. Bekleidungswaren besonders hohe Zuwächse zeigten. Insbesondere Lebensmittelgeschäften, Cafés und Gasthäusern kam in Dörfern und Städten (hier ersetzte das Wohnviertel, das „Grätzl“, die frühere Sozialeinheit des Dorfes) eine besondere Bedeutung zu, sie waren zentrale Orte der Geselligkeit, wo Menschen einander trafen und miteinander sprachen¹⁰. Sie waren oft Konstanten in einem bewegten Leben, mit mehreren Beschäftigungs- und Wohnungswechseln. Die zunehmende Produktvielfalt drängte zugleich auf eine Modernisierung der Warenpräsentation und -distribution. Erste Warenhäuser entstanden, weiters begannen Lebensmittelproduzenten und/oder -händler wie „Meinl“ oder „Ankerbrot“ den Absatz ihrer Produkte durch zahlreiche Verkaufsfilialen zu fördern. Voraussetzung bzw. Begleiterscheinung dafür war der Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen. Post-, Telegrafie- und Telefoneinrichtungen wuchsen ebenso rasch wie der Bereich Personen- und Frachtenverkehr.

Insbesondere in der städtischen Arbeitswelt verbreitete sich somit seit den achtziger Jahren ein neuer Sozialtypus, der Angestellte. Industrielle, kaufmännische und administrative Angestellte konstituierten binnen kurzem eigene Erwerbs- und Berufsklassen¹¹.

⁷ Vgl. HANS PETER HYE, Aussig – eine Industriestadt am Rande des Reiches; in: PETER URBANITSCH, HANNES STEKL (Hgg.), Kleinstadtbürgertum in der Habsburgermonarchie 1862–1914 (= Bürgertum in der Habsburgermonarchie 9, Wien – Köln – Weimar 2000) 26.

⁸ Vgl. dazu auch HANS-ULRICH WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914 (München 1995) 28 ff.

⁹ HYE, Aussig 45.

¹⁰ HAUPT, CROSSICK, Kleinbürger 159 f. In Cafés und Gaststätten mussten sich Frauen ihren Platz allerdings erst erstreiten.

¹¹ WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III 757.

Ihr Aufstieg war unübersehbar, ihr unaufhaltsamer Vormarsch zur gegenwärtig dominierenden Sozialform hingegen noch nicht absehbar. Angestellte und Beamte stellten noch 1910 in den Alpenländern nicht mehr als 7 % der Berufstätigen¹². Was sich aber bereits deutlich abzeichnen begann, war, dass insbesondere Frauen in den verschiedenen Formen der Büroarbeit als Angestellte immens ausdehnungsfähige Berufsfelder vorfanden¹³. In den Kanzleien, Büros und Kontoren waren immer mehr Dienstleistungsberufe zu finden: Buchhalter, Stenographen, Kontoristen und Handlungsgehilfen. Der rapide Anstieg der Angestelltenzahlen war zudem die Konsequenz eines weiteren spezifischen Merkmals des Industrialisierungsprozesses, des Ausbaus der Unternehmensverwaltungen als Folge der einsetzenden Tendenz zur Betriebskonzentration, wobei diese in der Monarchie vergleichsweise schwach ausgeprägt war und Österreich im internationalen Vergleich nicht zuletzt wegen seiner vorwiegend klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaftsstruktur hinsichtlich seiner Angestelltenzahl Entwicklungsdefizite aufwies¹⁴. Doch auch in der Habsburgermonarchie wurde das Vordringen von Aktiengesellschaften einerseits von einem Wandel der Eigentümer-Unternehmer hin zu Angestellten-Unternehmern, zu Managern, begleitet. Mit der Ausdifferenzierung der Unternehmerfunktionen entwickelten sich andererseits Experten für den kaufmännischen, technischen oder juristischen Bereich. Mit dem Ingenieur entstand ein neuer Beruf, der mehr technischen Sachverstand erforderte und auf dem Aufschwung einiger technologieintensiver Industriebranchen beruhte. Ihre Zahl blieb zunächst gering, doch mit dem Wachstum der Industriebetriebe, ihrer technisch höheren Organisationsform, der fortschreitenden Rationalisierung der Betriebe und der rechnerischen Erfassung und Auswertung eines jeden Produktionsstadiums eng verbunden war eine wachsende Angestelltenzahl in den Unternehmen selbst¹⁵, planende, kaufmännische, verwaltungsmäßige, kontrollierende und distributive Arbeiten wurden immer wichtiger. So zählte die aufstrebende Industriestadt Aussig 1896 rund 500 so genannte „Privatbeamte“ in Industrie, Handel und Großgewerbe¹⁶.

Auch auf die fortschreitende Industrialisierung zurückzuführen war der Funktionswandel einiger Gewerbe hin zur vorwiegenden Dienstleistung, zu Montage oder Reparatur. Hier seien nur die Schuster erwähnt, die angesichts der übermächtigen Industriekonkurrenz anstatt Schuhe herzustellen, diese nunmehr vorwiegend reparierten. Diesen Wandel statistisch zu erfassen ist allerdings nicht möglich. Mit der Industrie- und Handelsexpansion eng verbunden war der Auf- und Ausbau von finanziellen Dienstleistungen. Es bedurfte immer mehr Personals in jenen Institutionen, die für die Unternehmensfinanzierung oder -sicherheit sorgten, wie Banken, Sparkassen und Versicherungen. Einerseits deckten

¹² BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte 377.

¹³ WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III 763.

¹⁴ Die geringe Zahl von Angestelltenpositionen im vorwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierten industriell-gewerblichen Sektor stand in einem deutlichen Gegensatz zu dem mit Angestelltenpositionen stark besetzten privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor, was als Indiz einer gewissen wirtschaftlichen Rückständigkeit der Monarchie interpretiert wird, EMIL LEDERER, Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung (Tübingen 1912) 33, 46.

¹⁵ GÜNTHER SCHULZ, Die Angestellten seit dem 19. Jahrhundert (= Enzyklopädie deutscher Geschichte 54, München 2000) 16.

¹⁶ HYE, Aussig 30.

die örtlichen Sparkassen den aufgrund der verbesserten materiellen Verhältnisse allmählich steigenden Bedarf der Bevölkerung, Ersparnis anzulegen, andererseits mussten sie oder andere Geldinstitute den wachsenden Kreditbedarf von Unternehmen, Kommunen und Bezirksvertretungen bedienen. Die Beschäftigung im Bereich von Geld-, Kredit- und Versicherungswesen wies von einem niedrigen Ausgangsniveau aus die höchsten prozentuellen Zuwächse unter den Dienstleistungen auf, verstärkt seit der Jahrhundertwende.

Bildung und Ausbildung kamen ebenfalls wachsende Bedeutung zu¹⁷. Ein zunehmend differenzierteres institutionalisiertes Ausbildungs- und Schulangebot schuf „die Voraussetzungen für die höhere Qualifikation zahlreicher Berufspositionen sowie für die Verbreitung des Statussymbols ‚Bildung‘“, wobei das höchste Sozialprestige erst eine akademische Qualifikation vermittelte¹⁸. Generell vollzog sich im Schulwesen seit den siebziger Jahren eine zunehmende Differenzierung. Gymnasien, Ober- und Unterrealschulen, Gewerbe-, Handels- oder Bürgerschulen traten zu den Volksschulen. Damit verbunden war eine Art Verstaatlichung des Schulwesens. Die Staatsverwaltung legte die Rahmenbedingungen fest, normierte Lehrstoff und Lernziele, Ausbildungsgänge und Abschlüsse. Nicht nur gewann auf diese Weise das Bildungssystem als Verteilungszentrale für die Zuweisung von Lebenschancen an Bedeutung, auch der Einfluss des Staates auf die Formierung moderner Berufs- und Erwerbsklassen stieg an¹⁹. Zum vermehrten Einsatz von Lehrer/innen kam es durch das Reichsvolksschulgesetz von 1869. So stieg allein in Galizien die Zahl der Volksschullehrer/innen zwischen 1869 und 1912 von 3.165 auf 15.000²⁰. Die wachsende Zahl an Lehrer/innen litt jedoch unter schlechter Bezahlung und geringem Sozialprestige. Im Gefolge der schnellen Expansion des Bildungswesens kam den Pädagogen dann mehr Einfluss zu. Für junge Frauen, insbesondere aus den bürgerlichen Mittelschichten, war der Lehrerinnenberuf einer der wenigen geöffneten Karrierewege.

Mit dem fortschreitenden Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozess, dem Ausbau der öffentlichen Verwaltung und der Bildungseinrichtungen sowie der zunehmenden Rationalisierung und Diversifizierung des Wirtschaftslebens, mit dem Aufschwung von Handel und Gewerbe, dem Ausbau der Verkehrs- und Transporteinrichtungen, der Expansion von Banken und Versicherungen fächerte sich das Spektrum der freien Berufe auf, und es entstand eine neue Gruppe bildungsbürgerlicher Funktionseleiten, zu der neben höheren Beamten Ärzte, Apotheker, Advokaten, Notare, Lehrer und Privatangestellte in Leitungspositionen zählten²¹. Auffällig war, dass Vertreter dieser Berufsgruppen meist

¹⁷ Allgemein dazu HELMUT ENGELBRECHT, *Geschichte des österreichischen Bildungswesens IV: Von 1848 bis zum Ende der Monarchie* (Wien 1986).

¹⁸ ERNST BRUCKMÜLLER, HANNES STEKL, *Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich*; in: JÜRGEN KOCKA (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich I* (München 1988) 162 f.

¹⁹ WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* III 396.

²⁰ FRANZ STEFCZYK, *Die wirtschaftliche und soziale Tätigkeit des galizischen Landtages*; in: *WIRTSCHAFTLICHE ZUSTÄNDE GALIZIENS IN DER GEGENWART*. 6 Vorträge gehalten aus Anlass der Studienreise der Wiener Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung nach Krakau und Galizien 2. – 11. Juni 1912 (Wien – Leipzig 1913) 73 f.

²¹ Vgl. dazu auch HANS HEISS, HANNES STEKL, PETER URBANITSCH, *Zusammenfassung: Kleinstadt und Bürgertum in Cisleithanien 1862–1914*; in: URBANITSCH, STEKL (Hgg.), *Kleinstadtbürgertum* 474.

über das Vereinswesen bald in die alteingesessenen städtischen Honoratiorenschichten eindringen und häufig auch politische (etwa in den Gemeinderäten) bzw. wirtschaftliche²² Funktionen bekleideten. Zeitungs- und Verlagswesen begannen eine immer wichtigere Rolle zu spielen. Auch das Gesundheitswesen erfuhr eine Wachstums- und Professionalisierungsphase. Professionsbildung bedeutete Monopolisierung einer Machtressource, wobei der Staat normierend in die Berufsausbildung eingriff und seinen Einfluss geltend machte. Wichtig auf dem Weg dahin war die Kontrolle über die Nachwuchsrekrutierung, die Eintrittsbedingungen in die Ausbildung, die Zulassung zur beruflichen Praxis und die „Standesorganisation“. Geburtshilfe war bislang ungeprüften Hebammen vorbehalten gewesen, ein Zustand, der durch die Einführung einer Hebammenausbildung beseitigt wurde. Ähnliches traf auf die Ärzteausbildung zu. Hier verdrängten Doktoren, deren Zahl sich zwischen 1848 und 1906 nahezu vervierfachte, die bis 1848 dominierenden Wundärzte²³. Auch in der Monarchie dürfte ähnlich wie in Deutschland die Einführung einer staatlichen Krankenversicherung einen Medikalisierungsschub bewirkt haben, der eine Ausdehnung des Gesundheitsmarktes nach sich zog²⁴. Insbesondere im Gesundheitsbereich zeigte sich bei der Zahl von Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern eine deutliche Besserversorgung in (größeren) Städten, auf dem Land war und blieb die medizinische Versorgung schlecht.

Zuletzt sei hier auf eine weitere Großgruppe im Dienstleistungssektor hingewiesen, das häusliche Dienstpersonal. Blieben Bedeutung und Ausmaß dieser zu den alten Dienstleistungen zählenden Berufsgruppe groß, so machte sich ab 1869, insbesondere in den achtziger Jahren, doch eine deutliche zahlenmäßige Reduktion bemerkbar²⁵. Dienstboten waren ein ländliches wie städtisches Phänomen (wenn auch mit durchaus unterschiedlichen Berufsprofilen), wobei der erwähnte Rückgang sich vor allem auf das Land zu konzentrieren schien. Der Beschäftigung von Dienstboten kam auf dem Lande wie insbesondere in den Städten auch eine große Bedeutung als soziales Differenzierungsmerkmal zu. Alteingesessene wie aufstrebende bürgerliche Mittelschichten, Lehrer, Offiziere, kleine und mittlere Beamte, Privatangestellte und Geschäftsleute versuchten so, sich von Angehörigen der Unterschichten bzw. untereinander abzugrenzen und ihren Lebensstil dem der Oberschichten anzupassen²⁶. Doch die Anstellung von Hausangestellten

²² Als Syndici oder Verwaltungsräte von Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften, von Sparkassen, Banken und Versicherungsunternehmen traten etwa Anwälte vermehrt in neue unternehmerische Arbeitsfelder ein; HANNES SIEGRIST, Die Rechtsanwälte und das Bürgertum. Deutschland, die Schweiz und Italien im 19. Jahrhundert; in: KOCKA (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert II 106.

²³ PETER URBANITSCH, Bürgerliche Eliten, Modernisierung und Wertewandel in Klein- und Mittelstädten Cisleithaniens 1848–1918; in: LUKÁŠ FASORA, JIŘÍ HANUS, JIŘÍ MALÝ (Hgg.), *Občanské elity a obecní samospráva 1848–1948* [Bürgerliche Eliten und Gemeindeführung 1848–1948] (Brno 2006) 54.

²⁴ WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III 738.

²⁵ MÖLLER, Wandel der Berufsstruktur 68. Gegenüber den dort gebotenen Zahlen geringfügig abweichende Werte für die Jahre 1869 (817.895 Dienstboten) und 1890 (444.760) finden sich bei HUGO MORGENSTERN, *Gesindewesen und Gesinderecht in Österreich* (= Mitteilungen des k. k. Arbeitsstatistischen Amtes im Handelsministerium 3, Wien 1902) 81, 147 ff.

²⁶ Zu einem gutbürgerlichen Lebensstil gehörte eine herzeigbare Wohnung, ein „Mädchen für alles“ und „demonstrativer Müßiggang“ der Ehefrau, TICHY, *Alltag und Traum* 32 f.

war nicht nur eine Statusfrage. Aus dem Befund überproportional vieler Hausangestellter in Einzelhändlerhaushalten kann man ableiten, dass ihre Beschäftigung häufig eine Folge der Mitarbeit der Ehefrau und anderer Familienmitglieder im Unternehmen war und den Dienstboten die Haushaltsführung und die Kinderbetreuung zukam. In diesem Zusammenhang ist auf das Einsetzen von Ausdifferenzierungsprozessen zu verweisen, insbesondere auf eine Reihe von aus häuslichen oder persönlichen Tätigkeiten erwachsenden Dienstleistungen. Wurde in vielen Haushalten bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus noch Vorratswirtschaft betrieben, etwa Brot selbst gebacken, Obst eingekocht oder Fleisch gepökelt, wurden Seife, Kleider und Wäsche teils noch selbst hergestellt und diese Arbeiten oft von Dienstboten verrichtet, so machten die zunehmende Entfaltung der Marktwirtschaft mit ihrer Verbreiterung des Konsumangebots und der allmählich steigende Wohlstand die meisten dieser Arbeitsvorgänge unrationell bis überflüssig²⁷. Auf die Verbesserung der sanitären Verhältnisse und die Verbreitung technischer Neuerungen dürfte das Wachstum des Friseurberufs zurückzuführen sein, Wäscherinnen wurden durch Wäschereien ersetzt. Mit dem Eintritt in einen anerkannten Beruf (z.B. Kutscher) gelang vor allem männlichen Dienstboten die Emanzipation aus der Hauswirtschaft, was eine „Verweiblichung des Dienstbotenberufs“ zur Folge hatte²⁸. „Dienen“ konnte vermehrt als selbstständiges Gewerbe betrieben werden, sofern man nicht mehr beim Dienstgeber wohnte. Während im Jahre 1880 etwa 85 % der Hausdiener beim Dienstgeber wohnten, traf dies 1910 nur noch auf rund 65 % zu²⁹. So war beispielsweise aus dem ehemals zum Haushalt des Kaufmannes gehörenden Kontordierer der qualifizierte kaufmännische Angestellte der Handlungskompanien, der großen kaufmännischen Firmen und Verkehrsgesellschaften geworden³⁰.

Mit der zunehmenden Industrialisierung setzte ein Prozess der Professionalisierung, der Ausdifferenzierung und Spezialisierung vieler Dienstleistungsberufe ein, der insbesondere in den (Groß)Städten sehr rasch vor sich ging. Dienste der Hoheitsverwaltung, Transport und Handel, Geld- und Kreditwesen, freie Berufe, persönliche Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Unterhaltung, Kultur und Sport sind als expandierende Felder zu nennen. Allmählich erfassten diese Expansions- und Modernisierungsprozesse auch das Land. Je nach Größe und Wichtigkeit bzw. Funktion einer Gemeinde für das Umland setzte auch hier ein rascheres oder langsames Wachstum des Dienstleistungssektors ein. Umso mehr verwundert der Befund, dass der Dienstleistungssektor in seiner Gesamtheit trotz seiner unbestrittenen Bedeutungszunahme und Ausdifferenzierung im Untersuchungszeitraum kaum Gegenstand umfassender wissenschaftlicher Analysen geworden ist; nur zu einzelnen Berufsgruppen, wie etwa den Angestellten, den Beamten oder den Dienstmädchen liegen Arbeiten vor.

²⁷ HANNES STEKL, Hausrechtliche Abhängigkeit in der industriellen Gesellschaft. Das häusliche Personal vom 18. bis ins 20. Jahrhundert; in: Wiener Geschichtsblätter 30/4 (1975) 305.

²⁸ TICHY, Alltag und Traum 18 f.

²⁹ MÖLLER, Wandel der Berufsstruktur 69.

³⁰ TICHY, Alltag und Traum 19.

2. Großgruppen im Dienstleistungssektor

Angestellte

Untrennbar verbunden mit dem Wachstum und der Ausdifferenzierung des tertiären Sektors war eine wachsende Zahl von Angestellten und Beamten. Zwischen diesen Bezeichnungen wurde zunächst nicht eindeutig differenziert. Als Angestellte galten all jene, die ein Amt, eine Anstellung erhalten hatten, also auch Beamte³¹. Dies und die fehlende zeitliche Kontinuität der statistischen Erhebungs- und Auswertungskriterien erschwert die Erstellung einer Zeitreihe.

Tabelle 63: ANGESTELLTE (UND BEAMTE) IN ÖSTERREICH 1869–1910
(Anzahl der Erwerbstätigen)

	Angestellte u. Beamte ^{a)}	Angestellte ohne freie Berufe u. öffentl. Dienst	Beamte (cisleithanische Staatsverwaltung) ^{b)}
1869	99.000	99.000	
1880	358.000	180.000	
1890	539.000	165.000	136.000
1900	445.000	249.000	201.000
1910	620.000	352.000	247.000

^{a)} Die Daten sind mit Vorsicht zu bewerten, da eine Vergleichbarkeit wegen unterschiedlicher statistischer Erhebungs- und Auswertungskriterien nicht gegeben ist, doch der Wachstumstrend ist unumstritten.

^{b)} Zahl der Beamten der cisleithanischen Staatsverwaltung ohne so genannte Arbeiter- und Angestelltenberufe in der Staatsverwaltung, inklusive Postbeamte und Eisenbahnpersonal.

Quellen: GERHARD BOTZ, Angestellte zwischen Ständegesellschaft, Revolution und Faschismus. Zur Entwicklung des Begriffs und des Organisationsverhaltens angestellter Mittelschichten in Österreich (1890–1933); in: JÜRGEN KOCKA (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 7, Göttingen 1981) 203 f., Tabelle 1; ANDREAS BARYLI, Die Sonder-Sozialversicherung der Angestellten in Österreich bis 1938, phil. Diss. I (Wien 1977) 237–249, 254 a: Tabelle 5.

Als Wurzeln des neuen Sozialtypus des Angestellten kann man die Betriebsbeamten, die Handlungsgehilfen im Klein- und Großhandel und die Verkehrsbeamten ausmachen³². Zunächst rein quantitativ von geringer Bedeutung, entstand durch Zuwächse im öffentlichen Dienst, in den Interessenvertretungen, im Handel, in den Banken, in den freien Berufen, aber auch in Industrie und Gewerbe sowie – wenn auch in geringerem Ausmaß – im Bereich der Land- und Forstwirtschaft ein neues Segment in der Gesellschaftsstruktur. Eine Angestelltenposition war demnach nicht gleichbedeutend mit einer Zuordnung zum Dienstleistungssektor, wenn auch eine starke Tendenz zur Konzentration der Angestellten auf den tertiären Sektor erkennbar war. Angestellte in der Land- und

³¹ SCHULZ, Angestellte 1.

³² BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte 315.

Forstwirtschaft stellten etwa noch 1869 30 % aller Angestellten Cisleithaniens³³. Im Jahr 1910 wurden die cisleithanischen Angestellten nur mehr zu 6 % der Land- und Forstwirtschaft zugeordnet, auf Industrie und Gewerbe entfielen im internationalen Vergleich geringe 28 %, auf den Dienstleistungssektor mit 66 % hingegen zwei Drittel aller Angestellten³⁴. Die starke Konzentration der angestellten (und beamteten) Mittelschichten auf einzelne Bereiche des Dienstleistungssektors sowie auf die kommerziellen und administrativen Zentren der Monarchie, etwa das Gebiet der späteren Republik Österreich, verdeutlicht die folgende Tabelle.

Tabelle 64: PROZENTANTEILE DER ANGESTELLTEN (UND BEAMTEN) AN DEN BERUFSTÄTIGEN NACH WIRTSCHAFTSSEKTOREN IN CISLEITHANIEN 1869–1910 (BZW. AUF DEM GEBIET DER SPÄTEREN REPUBLIK ÖSTERREICH 1910)

Wirtschaftssektor	Anteil der Angestellten an den Berufstätigen					
	Cisleithanien					Republik Österreich ohne Burgenland
	1869	1880	1890	1900	1910	1910
Land- und Forstwirtschaft	0,4	0,9	0,3	0,2	0,3	0,3
Industrie und Gewerbe	1,1	2,4	1,4	2,5	3,0	4,2
Handel und Verkehr	8,0	12,4	10,6	9,2	10,7	16,7
öffentl. Dienst/freie Berufe	–	20,6	27,0	13,7	13,8	42,3
Alle Angestellten (u. Beamten) (in 1.000)	99	358	539	445	620	233

Quelle: Botz, Angestellte 203.

Auffällig war eine ethnische Ungleichverteilung innerhalb dieser aufstrebenden Mittelschicht. Die überproportionale Vertretung deutsch(sprachig)er Österreicher unter den Angestellten und Beamten (während der Anteil der Deutschsprechenden in Cisleithanien an allen Berufstätigen nur 35 % betrug, belief er sich bei Angestellten und Beamten auf 54 %) verweist sowohl auf den höheren Industrialisierungsgrad der deutschsprachigen Gebiete der Monarchie als auch auf die relative Monopolisierung von Dienstleistungen und Verwaltungsfunktionen durch die deutschsprachigen Österreicher³⁵. Ein deutliches Übergewicht hatten letztere in den Zentralstellen, wo sie 1914 76 % der Ministerialbeamten stellten³⁶. An ein ihrem Bevölkerungsanteil entsprechendes Verhältnis kamen in der österreichischen Reichshälfte ansonsten nur die Italiener heran, Ruthenen, Rumänen und Magyaren bei weitem nicht. Polen und Tschechen waren zumindest unter den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst relativ stark

³³ Dazu und im Folgenden BOTZ, Angestellte 205.

³⁴ Siehe zur regionalen Verteilung HELMUT RÜMLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2: HELMUT RÜMLER, MARTIN SEGER, Soziale Strukturen. Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen. Nach dem Zensus von 1910 (Wien 2010) Karte 8.5: Angestellte und Beamte.

³⁵ BOTZ, Angestellte 205 f.

³⁶ BRUCKMÜLLER, Sozialgeschichte 350.

vertreten, wobei die polnische Angestelltenschaft insgesamt weit agrarischer strukturiert war. Die mittlere und niedere Beamtenschaft Galiziens zeigte sich zur Gänze polonisiert, in Dalmatien hatten sich die Kroaten mit der Anerkennung des Kroatischen als äußere Amtssprache gegen die Italiener durchgesetzt³⁷. Diese Tendenz einer politischen und nationalen Dominanz der Deutschsprachigen setzte sich bis zum Ersten Weltkrieg im Wesentlichen fort und war insbesondere unter den Verwaltungsbeamten stark ausgeprägt³⁸. Besetzungen von Beamtenposten in gemischtsprachigen Gebieten wurden zunehmend ein Politikum. Für das ungarische Beamtentum bildete die Dominanz des Kleinadels und der Gentry trotz der völligen Neugestaltung der ungarischen Zivilverwaltung um 1849/50 weiterhin ein Spezifikum³⁹.

Auffällig ist auch die religiös-ethnische Differenzierung unter der Angestelltenschaft. Die Angestelltentätigkeit in der Privatwirtschaft war zwar nicht zu einem „jüdischen Beruf“ geworden, wie teils in der Literatur behauptet⁴⁰, doch waren Juden unter den Privatangestellten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil zumindest überrepräsentiert. Die meisten nichtjüdischen Wiener Angestellten arbeiteten im Staats- oder Gemeindedienst. Ein weiteres herausragendes Merkmal des Angestelltenwachstums bestand in einer „Feminisierung“ der Angestelltenberufe⁴¹, also einem wachsenden Frauenanteil, der sich zwischen 1890 und 1910 von 7,9 auf 21,1 % erhöhte⁴². Ein deutlicher Schwerpunkt weiblicher Angestelltentätigkeit lag in den Bereichen Handel und Verkehr, zu „typischen“ Frauenberufen wurden Dienstbotinnen, Büroschreibkräfte und Verkäuferinnen. Gering blieb der Frauenanteil in den freien Berufen oder im öffentlichen Dienst⁴³.

Zunächst handelte es sich um eine sehr kleine Zahl von Angehörigen jener Berufsgruppen, aus denen sich später in der Regel die Angestellten rekrutierten⁴⁴. Es fehlte an einem allgemeinen Überbegriff für diese Tätigkeiten, und es herrschten vor allem konkrete Berufsbezeichnungen vor, wie Schreiber, Buchhalter, Rechnungsführer, Kassiere im kaufmännischen Bereich oder Ingenieure, Werkmeister, Zeichner usw. auf technischer Seite. Eine Sonderstellung kam den Handelsangestellten zu, die als „Handlungsgehilfen“ bezeichnet wurden. Mit fortschreitender Industrialisierung verbreitete sich der zunächst berufsneutrale Begriff des „Beamten“, charakterisiert durch 1. zumeist für das Funktionieren des Betriebes strategisch bedeutende Positionen, 2. eine tendenziell höhere

³⁷ MEGNER KARL, Beamte. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k. k. Beamtentums (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 21, Wien 1985) 372.

³⁸ Obwohl ein Rückzug deutscher Beamter aus den Kronländern, beginnend mit Ungarn, Galizien und den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens, zu konstatieren war, vgl. EBD. 250 f.

³⁹ EBD. 262.

⁴⁰ MARSHA L. ROZENBLIT, *The Jews of Vienna, 1867–1914: Assimilation and Identity* (Albany, N. Y. 1983) 68.

⁴¹ SCHULZ, Angestellte 7.

⁴² Prozentsätze nach BOTZ, Angestellte 206.

⁴³ Vgl. dazu RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2 Karte 7.9: Frauenerwerbstätigkeit nach Wirtschaftssektoren 1910*.

⁴⁴ Vgl. dazu und im Folgenden WALTER PEISSL, *Das „bessere“ Proletariat. Angestellte im 20. Jahrhundert* (= Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 4, Wien 1994) 15 ff.; BOTZ, Angestellte 207 ff.

Tabelle 65: MÄNNLICHE UND WEIBLICHE ANGESTELLTE IN AUSGEWÄHLTEN WIRTSCHAFTSSEKTOREN IN CISLEITHANIEN 1869–1910

Wirtschaftssektor	1890			1900			1910		
	m ^{a)}	w ^{b)}	w % ^{c)}	m ^{a)}	w ^{b)}	w % ^{c)}	m ^{a)}	w ^{b)}	w % ^{c)}
Industrie/Gewerbe	36.328	1.827	4,8	69.149	4.247	5,8	95.501	14.676	13,3
Handel und Verkehr/ öffentl. Dienst	99.099	8.405	7,8	100.050	13.562	11,9	113.621	36.811	21,8
freie Berufe ^{d)}	151.187	30.926	17,0	169.838	49.615	22,6	291.355	79.187	26,5

^{a)} männlich; ^{b)} weiblich absolut; ^{c)} in % der Angestellten insgesamt; ^{d)} absolut und in % der Angestellten insgesamt, ohne Militär

Quellen: Berufsstatistiken nach den Ergebnissen der Volkszählungen 1890, 1900 und 1910, zit. ERNA APPELT, *The Gendering of the Service Sector in late Nineteenth-Century Austria*; in: DAVID F. GOOD, MARGARETE GRANDNER, MARY JO MAYNES (Hgg.), *Austrian Women in the Nineteenth and Twentieth Centuries. Cross-Disciplinary Perspectives* (= *Austrian Studies* 1, Providence – Oxford 1996) 122, Tabellen 6/4 bzw. 6/5.

Arbeitsplatzsicherheit, 3. die Einräumung längerer Kündigungsfristen und 4. die Berechnung des Entgelts in größeren Gehaltzahlungsperioden. Das stete Wachstum dieser Gruppe führte zur Verwendung der Bezeichnung „Angestellter“ vorerst als Oberbegriff für alle Büroarbeiter in der Industrie; als Beamte galten dann die in der Hierarchie höher Angesiedelten. Der Beamtenbegriff engte sich jedoch zunehmend auf die im öffentlichen Sektor Beschäftigten ein, in der Folge bezeichnete man Angestellte als „Privatbeamte“, ehe dieser Terminus vom „Privatangestellten“, letztlich vom „Angestellten“ abgelöst wurde. Dennoch variierten Zuordnung und Sprachgebrauch nach Region und Unternehmen. Auch in den amtlichen Statistiken Österreichs tauchte zunächst die Bezeichnung „Beamter“ auf, wobei zwischen Staats- und Privatbeamten differenziert wurde⁴⁵. Staatsbeamte und andere öffentlich Bedienstete wurden in einer eigenen Berufsgruppe zusammengefasst und als Selbstständige eingestuft. Erst 1890 schien der Angestelltenbegriff erstmals amtlich auf und umschrieb neben den Privatangestellten nun auch alle öffentlich Bediensteten, inklusive das aktive Militärpersonal aller Ränge. Einen enger gefassten Angestelltenbegriff⁴⁶ etablierten die Volkszählungen 1900 bzw. 1910, was statistisch – im Gegensatz zur Realität – zu einem anteilmäßigen Rückgang der Angestellten führte. Handlungsgehilfen, Kommis, Verkäufer, Ladenmädchen und das gesamte gewerbliche Personal in Gasthöfen, obwohl allesamt dem Dienstleistungssektor zuzurechnen, fielen in den genannten Zählungen nicht in diese Kategorie und wurden den Arbeitern zugerechnet. Eine noch stärkere Einschränkung des Angestelltenbegriffs erfuhr der öffentliche

⁴⁵ PEISSL, Das „bessere“ Proletariat 17.

⁴⁶ Als Angestellte wurden nur jene Personen betrachtet, „die das ‚wissenschaftlich, technisch (fachlich) oder kaufmännisch gebildete Verwaltungs- und Aufsichts- sowie das Rechnungs- und Bureaupersonale‘ bildeten“, EBD. 18. Erfasst wurden somit im landwirtschaftlichen Sektor Wirtschaftsbeamte, das Aufsichtspersonal und das gesamte Rechnungs- und Schreibpersonal, im industriell-gewerblichen Sektor bzw. Handel alle Betriebsbeamten (Ingenieure, Chemiker, Geometer, Faktoren, Werkführer), das kaufmännisch gebildete Verwaltungspersonal (Prokurist, Disponent, Kassier, Buchhalter) und das Büropersonal (Korrespondent, Rechner, Volontär).

Dienst. Nur das Exekutiv- und Militärpersonal im Offiziers- oder Beamtenrang wurde als Angestellte klassifiziert, Mannschaftspersonen fungierten als Arbeiter.

Über die gesellschaftliche Verortung der Angestellten, ob sie eine eigene „Klasse“, eine „Schicht zwischen den Klassen“ oder einen Teil der „Arbeiterklasse“ bildeten, entzündeten sich seit ihrem Entstehen heftige Debatten. Die oft gebrauchte Unterscheidung nach der so genannten „Kragenlinie“ in Arbeiter („blue collar workers“) und Angestellte („white collar workers“ oder „employees“) bzw. in Produktions- und Dienstleistungsarbeit⁴⁷ birgt Probleme. Unbestreitbar scheint jedenfalls, dass der Arbeiter–Angestellten–Unterschied in Österreich wie in Deutschland besonders scharf ausgeprägt war⁴⁸. Angestellte waren anfänglich hinsichtlich der meisten rechtlichen Bestimmungen nicht unbedingt besser gestellt als Arbeiter. Ihre Arbeitsverhältnisse und -bedingungen gestalteten sich nach der jeweils noch stark patriarchalisch und individuell gestalteten betrieblichen Sozialpolitik, gleichzeitig unterschieden ein meist höherer Ausbildungsgrad, andere (Monatsgehalt anstatt eines Wochen- oder Taglohns) und bessere Entlohnung, günstigere Arbeitsbedingungen, eine höhere Arbeitsplatzsicherheit und bessere Aufstiegsmöglichkeiten Angestellte von Arbeitern.

Mit den Angestellten bildete sich eine neue Sozialformation heraus, bürgerlich geprägt in Lebensstil und Mentalität, mit eigenen Verkehrs- und Heiratskreisen, oft konzentriert auf eigene Wohngebiete⁴⁹. Moderne Züge traten in ihrem Sozialverhalten hervor, es waren Angestellte, bei denen sich die Tendenz zur Zwei-Kinder-Ehe am stärksten abzeichnete, sich das generative Verhalten radikal modernisierte⁵⁰. Auch im Konsumverhalten zeigte sich mit der Neigung zum Erwerb modischer Verbrauchsgüter und der Freizeitnutzung ein signifikanter Unterschied. Gleichzeitig stellen sich Angestellte – wie übrigens auch Arbeiter – nicht als homogene Gruppen dar. Abgrenzungsschwierigkeiten der Angestellten zu Selbstständigen, Arbeitern oder Beamten bestanden und bestehen bis heute. Zwar galt als Minimalanforderung für Angestellte, dass sie lese-, schreib- und rechenkundig sein mussten und zumindest die Bürgerschule abgeschlossen hatten, letztlich aber blieben die Unterschiede unter den Angestellten nicht nur hinsichtlich der Tätigkeitsfelder, sondern auch hinsichtlich Schulbildung, Einkommen, Status, Karrieremuster und Aufstiegschancen groß. Dasselbe galt für die Arbeits- und Lebensbedingungen, die ebenfalls nach Branchen differierten. Die Techniker und Ingenieure waren eine eher exklusive Gruppe und meist im oberen Gehaltssegment anzutreffen. Kaufmännische Angestellte konnten auf allen Gehaltsebenen gefunden werden, die Werkmeister standen den Arbeitern am nächsten, doch wurden sie deutlich besser bezahlt und hatten eine günstigere arbeitsrechtliche Stellung. Angestellte in Büros galten sozial mehr als Verkäufer, so genannte Ladendiener, und wurden besser bezahlt. Auch wenn gelernte Arbeiter hinsichtlich Einkommen, Status, Ausbildungszeit und nicht zuletzt Arbeitsplatzsicherheit oft

⁴⁷ Vgl. ULRIKE BERGER, CLAUS OFFE, Das Rationalisierungsdilemma der Angestelltenarbeit; in: KOCKA (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich 40.

⁴⁸ JÜRGEN KOCKA, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer (Göttingen 1981) 9.

⁴⁹ WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III 758 f.

⁵⁰ EBD. 762.

Angestellten sehr nahe kamen, waren solchen Gemeinsamkeiten Grenzen gesetzt, etwa was den Grad und die Art der beruflichen Mobilität betraf sowie die Aufstiegschancen.

Angestellte unterschieden sich von Arbeitern auch durch ihren niedrigeren Organisationsgrad. Zunächst waren es Beamtenvereine, die sich seit den sechziger Jahren für einen verstärkten sozialen Schutz der Angestellten einsetzten⁵¹. Die frühen Angestelltenverbände waren berufsständisch und branchenspezifisch organisiert, übergreifende Organisationen fehlten. Es dauerte bis 1892, ehe sich die kaufmännischen Angestellten unter sozialdemokratischem Einfluss zum freigewerkschaftlich orientierten „Verein der kaufmännischen Angestellten“ zusammenschlossen. In der Folge begannen auch Angestellte anderer Berufszweige sich in Berufs- und Interessensorganisationen zu organisieren⁵². Anders als den gelernten Arbeitern war es den Angestellten nicht möglich, den Zugang zu ihrer Berufsgruppe zu kontrollieren; vor allem die unteren Angestelltensegmente wurden von weiblichen Bürokräften, Boten etc. überschwemmt⁵³. Bedroht von der Industriekonkurrenz, von den Warenhäusern als neuer Distributionsform des Handels, von Juden und Frauen, die man pauschal zu „Sündenböcken“ der strukturellen Veränderungen machte, gedieh im Handel insbesondere unter den Handlungsgehilfen eine antikapitalistische und antisemitische Mittelstandsideologie.

Wichtig für die Differenzierung zwischen Arbeitern und Angestellten in legislativer Hinsicht war die nach massiver Agitation erfolgte Einführung der Pensionsversicherung für Privatangestellte im Jahr 1906⁵⁴. Doch durch die Ausgrenzung der kaufmännischen Gehilfenschaft und der Amts-, Büro- und Kanzleidiener blieb zunächst ein beträchtlicher Teil der Angestellten von der gesetzlichen Pensionsversicherung ausgenommen⁵⁵. Auch der Kampf um ein eigenständiges Angestelltenrecht verlief zäh⁵⁶. Fand sich eine erste spezielle Regelung für Dienstverhältnisse der Angestellten bereits im Allgemeinen Handelsgesetzbuch von 1862, so wurde erst durch das Handlungsgehilfengesetz von 1910⁵⁷ ein Großteil der später unter das Angestelltengesetz fallenden Privatangestellten erfasst, Ausnahmen bildeten die öffentlich Bediensteten, Lehrlinge, Angestellte der Seeschifffahrt, des Eisenbahnwesens und von Bergwerksbetrieben. Konnten mit dem Handlungsgehilfengesetz von 1910 und dem 1906 in Kraft getretenen Angestellten-Pensionsversicherungsgesetz

⁵¹ GUSTAV OTRUBA, Privatbeamten-, Handlungsgehilfen- und Angestelltenorganisationen. Ihr Beitrag zur Entstehung des österreichischen Angestelltenversicherungsgesetzes 1906 (unter besonderer Berücksichtigung der Diskussion über den Angestelltenbegriff); in: KOCKA (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich 241 f.

⁵² PEISSL, Das „bessere“ Proletariat 195 ff.

⁵³ GREGORY ANDERSON, Angestellte in England 1850–1914; in: KOCKA (Hg.), Angestellte im europäischen Vergleich 65.

⁵⁴ Zum Angestellten-Pensionsversicherungsgesetz im Detail PEISSL, Das „bessere“ Proletariat 121–132.

⁵⁵ Von den 352.001 Angestellten 1910 waren 1909 nur 161.355 oder 46 % zur Pensionsversicherung angemeldet. Da die gesamte Angestelltenschaft 1910 nur 3,4 % aller Lohnarbeiter (ohne öffentlich Bedienstete) umfasste, waren von dem Gesetz nur 1,5 % aller Arbeitnehmer betroffen; BARYLI, Die Sonder-Sozialversicherung der Angestellten 415 f.

⁵⁶ PEISSL, Das „bessere“ Proletariat 96 ff.

⁵⁷ Gesetz vom 16. Jänner 1910, über den Dienstvertrag der Handlungsgehilfen und anderer Dienstnehmer in ähnlicher Stellung (Handlungsgehilfengesetz), RGBl. Nr. 20/1910.

bedeutende Verbesserungen der arbeits- und sozialrechtlichen Stellung der Angestellten erreicht werden, etwa die gesetzliche Festschreibung des bezahlten Erholungsurlaubs, ein Abfertigungsanspruch und eine Neuregelung der Kündigungsvorschriften, so trat ein eigentliches Angestelltengesetz in Österreich erst 1921 in Kraft⁵⁸.

Den Forderungen der Angestelltenverbände können einige problematische Details der Arbeitsbedingungen entnommen werden. Relativierend muss hier hinzugefügt werden, dass sehr viele, wahrscheinlich rund die Hälfte aller Kleinhandelsgeschäfte, nur von einer Person, dem Prinzipal, betrieben wurden, dem manchmal Familienmitglieder zur Seite standen. Fest angestellte Gehilfen zu haben war somit schon ein Zeichen eines gewissen Wohlstands. Neben Fragen des Lehrlingsnachwuchses und des Hausiererwesens und neben dem für viele Angestellte beängstigenden Anwachsen weiblicher Angestellter ging es zunächst um eine Beschränkung der Arbeitszeit und die Einführung der Sonntagsruhe (Angestellte in Fabriken unterlagen der Gewerbeordnung, die die Sonntagsruhe vorsah). Im Handelsgewerbe wurde die Arbeit oft um 7 Uhr früh begonnen und dauerte schlimmstenfalls bis 12 Uhr nachts; nicht viel anders erging es manchen Büroangestellten. Eine Erleichterung brachte die so genannte 7-Uhr-Sperre, auf die sich Warenhäuser und Geschäftsleute der Einkaufsstraßen Wiens 1907 einigten⁵⁹. 1897 wurde durch eine Statthaltereiverordnung eine Reduzierung der Sonntagsarbeit erzielt. Am Sonntag war die Arbeit von 6 bis 11 Uhr vormittags gestattet, im Lebensmittelhandel auch abends von 18 bis 20 Uhr, in den Büros von 9 bis 11 Uhr vormittags⁶⁰. Die volle Sonntagsruhe im Handel wurde 1903 eingeführt. Diese arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Erfolge dienen einigen Historiker/inne/n als Beleg für eine Vorreiterrolle der Angestellten und deren Funktion als gesellschaftspolitische Modernisierer.

Die Arbeitsplätze der Angestellten konzentrierten sich stark auf (Groß)Städte. Unter den Angestellten bildeten die kaufmännischen Angestellten die größte und ab etwa 1880 am schnellsten wachsende Gruppe⁶¹. Ihrer Tätigkeit nach muss zwischen Büroberufen und dem eigentlichen Verkauf unterschieden werden. Doch auch Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse von Verkäufer/inne/n unterschieden sich oft drastisch. Lebten einige Einzelhandelsgehilf/inn/en – als Ausdruck patriarchalischer Arbeitsbeziehungen – noch immer beim Prinzipal, so traf dies auf die Verkäufer/innen der Warenhäuser und Filialläden nicht zu. Was machte den Arbeitsplatz in einem kleinen Laden aus?⁶² Ein Charakteristikum bestand in der Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse. In der Regel waren die Arbeitskräfte sehr jung und dementsprechend billig. Dies führte oft zur Beschäftigung vieler Lehrlinge, ohne diese wirklich auszubilden. Auch die rasche Feminisierung der Arbeitskräfte im Einzelhandel muss wohl als Versuch der Ladenbesitzer interpretiert werden, die Lohnkosten zu senken. Das Überangebot an Arbeitskräften machte die

⁵⁸ PEISSL, Das „bessere“ Proletariat 96–101.

⁵⁹ Dieser Erfolg war der Gewerkschaft der Handlungsgehilfen zu verdanken, die mit sehr modernen Mitteln, dem Einsatz von Flugblättern, Plakaten und von Protestversammlungen vor den Geschäften, ihren Kampf ausgefochten hatten, EBD. 108.

⁶⁰ EBD.

⁶¹ EBD. 18.

⁶² Vgl. dazu und im Folgenden HAUPT, CROSSICK, Kleinbürger 235–238.

Position der Handlungsgehilfen zunehmend verwundbar. Auf eine weitere Tendenz sollte hingewiesen werden: die Aufspaltung des kaufmännischen Berufs in einen höheren kaufmännischen Fachdienst, wofür die Ausbildung in Handelsschulen bzw. Handelsakademien gefordert wurde, und in die traditionelle kaufmännische Lehre, die immer mehr auf eine Ausbildung zum Verkäufer abzielte, eine Entwicklung, gegen die sich die traditionell ausgebildeten Handlungsgehilfen zur Wehr setzten⁶³. Dazu kam, dass der Charakter der Beziehungen am Arbeitsplatz persönlich blieb und stark von der Persönlichkeit des Ladenbesitzers geprägt war. Lange Arbeitszeiten, kleinliche Regeln, hastige und oft armselige Mahlzeiten sowie ärmliche Lebensbedingungen scheinen aber die Norm gewesen zu sein und führten dazu, dass die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel ein öffentlich diskutiertes Thema wurden.

Die zweite Hauptgruppe bildeten die technischen Angestellten, die Tätigkeiten in Werkstätten, in Labors, Konstruktions- oder Planungsbüros verrichteten. Parallel zu einer Tendenz der Akademisierung insbesondere der gewerblich-technischen Ausbildung gegen Ende des 19. Jahrhunderts war eine Tendenz zur Vermehrung unterer und mittlerer administrativer Aufgaben zu verzeichnen. Dieses Merkmal äußerte sich unter anderem in einem steigenden Frauenanteil. Die „Feminisierung“ der Angestellten, insbesondere der vorwiegend städtischen Angestelltenpositionen⁶⁴, kann somit als weiteres Hauptmerkmal der Entwicklung ausgemacht werden. Die Rationalisierung und Maschinisierung der Büroarbeit zogen die Anstellung einer großen Anzahl an Hilfsbeamten nach sich, das große Reservoir an weiblichen Arbeitskräften ließ allerdings die Entlohnung der Hilfsbeamten erheblich absinken. Eine schlechte Datenlage erschwert die Beantwortung der Frage nach dem sozialen Herkunftsmilieu der Angestellten. Unbestritten ist unter den männlichen Angestellten eine relativ hohe Selbstrekrutierungsrate aus bürgerlichen Berufen, während unter den Frauen ein wesentlich höherer Teil aus Arbeiterfamilien stammte. Für Töchter von Angestellten war eine eigene Berufstätigkeit nur selten vorgesehen.

Beamte

Ähnlich rasant wie das Angestelltenwachstum verlief die Expansion der im Staatsdienst stehenden Beamten. Ihre Gesamtzahl (einschließlich der Eisenbahn- und Postbediensteten) betrug um 1870 rund 80.000, um 1880 rund 100.000, um sich dann bis 1910 auf ungefähr 400.000 zu vervierfachen⁶⁵. Die Zahl der Beamten in Ungarn

⁶³ ANDREAS BARYLI, Zur Sozialgeschichte der Angestellten in Österreich; in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde 4 (1983) 121.

⁶⁴ PETER CSENDES, FERDINAND OPLL (Hgg.), Die Stadt Wien (= Österreichisches Städtebuch 7, Wien 1999) 108 f.

⁶⁵ WALTER GOLDINGER, Die Zentralverwaltung in Cisleithanien – Die zivile gemeinsame Zentralverwaltung; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 II: Verwaltung und Rechtswesen (Wien 1975) 114. 1841 waren, unter Berücksichtigung der Diener und Diurnisten, rund 130.000 Personen im Staatsdienst beschäftigt. 1900 betrug die Anzahl aller öffentlich Bediensteten Cisleithaniens (inklusive der Eisenbahnbediensteten, Kanzleihilfskräfte usw.) etwa 336.000. Davon waren rund 42.000 Verwaltungsbeamte im engeren Sinn, MEGNER, Beamte 345, 373. Deren Zahl

(ohne städtische Komitatsbeamte, unter Staatsangestellten nur wirkliche Beamte) stieg von 9.503 1869 über 36.845 1899 auf 50.253 1909⁶⁶. Mit der Aufhebung der Grundherrschaft und der Patrimonialgerichtsbarkeit war ein organisatorischer Neuaufbau von Justiz und Verwaltung notwendig geworden. Die Zahl der Beamten in den einzelnen Kronländern entsprach dabei in keiner Weise den Bevölkerungsverhältnissen. So wies Galizien, auf das rund ein Viertel der cisleithanischen Bevölkerung entfiel, 1912 513 Konzeptsbeamte bei der Statthalterei und bei den Bezirkshauptmannschaften auf, auf Böhmen mit einem deutlich niedrigeren Bevölkerungsanteil kamen hingegen 566 Konzeptsbeamte⁶⁷. Neben den eigentlichen Staatsbeamten stieg seit den sechziger Jahren (1862 Inkrafttreten des Reichsgemeindegengesetzes) auch der Bedarf an qualifizierter Beamtenarbeit bei den autonomen Landes- und Bezirksbehörden, bei Magistraten und in Gemeindeämtern, später auch in Privatunternehmen⁶⁸. Städtische Beamte wiesen in der Regel in Rekrutierung, Ausbildung, Karriereverlauf und Verwaltungstechnik enge Berührungspunkte mit der Staatsbürokratie auf. Die Neuorganisation des Laufbahn- und Besoldungsschemas in Cisleithanien (1873) und die Dienstpragmatik 1914⁶⁹ verliehen dieser neuen Gesellschaftsschicht einen rechtlichen und gesetzlichen Rahmen und brachten für die Beamten eine Erhöhung ihres Ansehens und eine größere Existenzsicherheit. So wurde nach Erlass der neuen Dienstordnung im Jahre 1873 nicht mehr ausschließlich die Herkunft als wesentliche Berufsvoraussetzung angesehen, sondern in zunehmendem Maße die erworbene Bildung, die auch die Stellung in der Beamtenhierarchie mitbestimmte. Privilegiert blieben die so genannten Zertifikatisten, ausgediente Unteroffiziere, die nach Abschluss eines Schnellkurses Aufnahme in den Staatsdienst fanden, noch dazu in einer höheren Rangklasse als es ihrer Bildung entsprochen hätte⁷⁰. Insgesamt zeichnete sich mit Ausnahme des Amtes des Regierungschefs und des Diplomatischen Dienstes, die eine Domäne der alten Hocharistokratie blieben, ein Trend zur Verbürgerlichung bürokratischer

beliebte sich 1910 nach einer Aufstellung der Statistischen Zentralkommission und des Finanzministeriums auf 55.367, PETER URBANITSCH, *The High Civil Service Corps in the Last Period of the Multi-Ethnic Empire between National and Imperial Loyalties*; in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 33/2 (2008) 197.

⁶⁶ GYÖRGY RÁNKI, *Die Entwicklung des ungarischen Bürgertums vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert*; in: KOCKA (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert I* 258.

⁶⁷ JOSEF BUZEK, *Die staatliche und die autonome Verwaltung Galiziens*; in: *WIRTSCHAFTLICHE ZUSTÄNDE GALIZIENS* 30. Man muss jedoch hinzufügen, dass Galizien 1870 nur 10,8 % der Steuerleistungen der Kronländer Cisleithaniens erbrachte, an den Ausgaben für Verwaltung aber mit 26 % beteiligt war. Auch in den Bereichen Justiz, Verkehrseinrichtungen, Schulwesen standen diesem Kronland unverhältnismäßig hohe Steuermittel zur Verfügung; vgl. ALOIS MOSSER, *Das Habsburgerreich als Wirtschaftsraum unter besonderer Berücksichtigung der östlichen Karpatengebiete*; in: ILONA SLAWINSKI, JOSEPH P. STRELKA (Hgg.), *Die Bukowina: Vergangenheit und Gegenwart* (Bern – Berlin – Frankfurt am Main 1995) 69.

⁶⁸ PAVLA VOŠAHLÍKOVÁ, *Ämter und Beamte unter Franz Joseph I.*; in: DIES. (Hg.), *Von Amts wegen. K. k. Beamte erzählen* (= *Damit es nicht verloren geht...* 37, Wien – Köln – Weimar 1998) 14.

⁶⁹ In der Dienstpragmatik wurde nicht nur die Art und Zahl der Verwendungsgruppen (nach Vorbildung), sondern auch das biennale Zeitavancement mit stetigen Gehaltsvorrückungen festgelegt, MEGNER, *Beamte* 140 ff.

⁷⁰ VOŠAHLÍKOVÁ, *Ämter und Beamte* 17 f. Die Zertifikatisten nahmen in der Staatsverwaltung Cisleithaniens vor Inkrafttreten der Dienstpragmatik von 1914 fast ein Viertel aller Stellen ein, 1912 z.B. 22,6 %.

Institutionen ab⁷¹, ein Phänomen, das zur Auflockerung bestehender gesellschaftlicher Schranken beitrug. Nachzuweisen sind eine starke Selbstrekrutierung und die Existenz richtiger Beamtdynastien über mehrere Generationen, Beleg einer hohen Berufskontinuität von Beamtenkindern⁷². Oft erfolgte dabei über Generationen ein sozialer und bildungsmäßiger Aufstieg, etwa vom einfachen Schreiber bis zum Hofrat mit akademischer Ausbildung⁷³.

In der österreichischen Beamtschaft unterschied man neben der Differenzierung in Zivilstaats- bzw. Militärbeamte zwischen Konzept- und Kanzleibeamten⁷⁴. Die meisten höheren Beamten im Konzeptsdienst waren Juristen⁷⁵. Insbesondere für höhere Funktionen bei den Zentralbehörden der Staatsverwaltung wurde eine universitäre Ausbildung verlangt. Bis etwa 1870/80 hatten aber auch Nichtakademiker in manchen Verwaltungsressorts und Kronländern Chancen, zu Konzeptbeamten ernannt zu werden. Zwischen den Kanzleibeamten, für die Rechnen, Schreiben und Lesen als Qualifikation als ausreichend erachtet wurde, und den absolvierten Juristen rangierten die Absolventen der späteren Höheren Schulen, die für den mittleren (Finanz)Dienst herangezogen wurden. Insgesamt bestand die Mittelschicht der Bürokratie, neben dem Finanzdienst etwa im Post-, Kassa- und Rechnungswesen konzentriert, im Wesentlichen aus Maturanten bzw. Absolventen von Gymnasien und Realschulen (auch Technischen Hochschulen und kommerziellen Instituten). Von diesen getrennt blieb eine Gruppe der Beamtschaft, die man mit wechselnder Terminologie als Hilfsbeamte, Diurnisten, Calculanten, Honorar- oder Vertragsbeamte bezeichnete⁷⁶. Ihre wichtigsten Unterscheidungsmerkmale gegenüber den eigentlichen Staatsbeamten waren die nicht definitive Anstellung und der fehlende Pensionsanspruch. Zur Dienerschaft zählten schließlich all jene, denen die Zuerkennung des Beamtenstatus aus gesellschaftlichen Gründen verwehrt wurde, anfänglich etwa die Polizisten⁷⁷. Die niederen Beamten rekrutierten sich vor allem aus ehemaligen Berufssoldaten und jenen Praktikanten, die weder eine Höhere Schule noch eine Universität absolviert hatten, wobei ab den achtziger Jahren die Schichtgrenzen undurchlässiger wurden. Auch das Bildungs- und Wissenschaftssystem wurde von Beamten (Lehrer und Professoren an Schulen und Universitäten, Archivare, Bedienstete der Hofmuseen) getragen⁷⁸. Aus diesen Einteilungen geht die hohe soziale Segmentierung und Heterogenität innerhalb der Beamtschaft hervor. Ein hohes Sozialprestige hatte insbesondere die führende Beamtschaft. Berufsbilder und Laufbahnen der Beamten verschiedener Ver-

⁷¹ BRUCKMÜLLER, STEKL, *Geschichte des Bürgertums* 162. In Ungarn gehörte die Beamtschaft hingegen hauptsächlich der adeligen Mittelschicht (Gentry) an, vgl. RÁNKI, *Entwicklung des ungarischen Bürgertums* 257.

⁷² MEGNER, *Beamte* 79.

⁷³ WÄLTRAUD HEINDL, *Bildungsbürgertum zwischen Metropole und Provinz: die kaiserliche Bürokratie*; in: ANDREI CORBEA-HOISIE, JACQUES LE RIDER (Hgg.), *Metropole und Provinzen in Altösterreich (1880–1918)* (Wien – Köln – Weimar 1996) 88 f.

⁷⁴ MEGNER, *Beamte* 20 f.

⁷⁵ EBD. 364.

⁷⁶ EBD. 301.

⁷⁷ EBD. 372. Zum breiten Spektrum der Gruppe der Diener und Unterbeamten EBD. 291 ff.

⁷⁸ BRUCKMÜLLER, *Sozialgeschichte* 316.

waltungszweige differierten beträchtlich⁷⁹. Ein Begriff wie „Standesehre“ existierte zwar keineswegs als für alle öffentlichen Beamten gültiger Oberbegriff⁸⁰, war aber dennoch wesentlich. Richtig zu grüßen, zählte etwa dazu. Eine besondere Ehre stellten Ordens- und Ehrenzeichenverleihungen bzw. die Nobilitierung dar. Eine nicht zu unterschätzende Rolle für den Beamten selbst, aber auch für die Öffentlichkeit, kam der Uniform zu. Nach außen war die festliche Beamtenuniform „Kennzeichen des Staatsdienstes, Zeugnis einer beruflichen Karriere, ein Zeichen für soziales Prestige und gehobenen Lebensstandard“, „[i]hr Tragen verpflichtete jedoch auch zu einem vorbildlichen Privatleben sowie zu einem dem Beamtenstand angemessenen Benehmen“⁸¹.

Die Gehälter waren vor allem am Beginn der Beamtenkarriere bescheiden, oft musste vor Erreichen des Definitivums sogar unentgeltlich gedient werden. Dies war mit den Verpflichtungen, sich angemessen zu kleiden, entsprechend zu wohnen und am gesellschaftlichen Leben der gehobenen Schichten teilzunehmen, schwer zu vereinbaren⁸². Sparsamkeit galt zwar als oberstes Gebot, durfte aber nicht mit den Repräsentationspflichten des Beamten kollidieren⁸³. Beamter zu sein bot andererseits in finanzieller Hinsicht zumindest eine gewisse Sicherheit. Für das soziale Ansehen wie die materielle Situation eines Beamten besonders wichtig war seine Heirat. In erster Linie galt es standeskonform zu heiraten. Eine Berufstätigkeit der Ehefrau wurde strikt abgelehnt, verpönt war es für eine Beamtengattin auch, die Hausarbeit selbst zu verrichten. Der Grad der Freizügigkeit bei der Wahl der Ehefrau war reziprok zum sozialen Ansehen der betreffenden Gruppen⁸⁴. Angesichts der eher bescheidenen Beamtengehälter kam der Aussteuer der Frau große Bedeutung zu. Die Unterschiede im Lebensstil der Beamten dürften nicht nur auf unterschiedliche Positionen in der Beamtenhierarchie zurückzuführen gewesen sein, sondern auch auf die Höhe der Aussteuer. Töchtern für die Verheiratung eine Mitgift bieten zu müssen, stellte für einige Beamte eine große finanzielle Belastung dar⁸⁵. Söhnen wiederum wollte man eine höhere Bildung ermöglichen, und auch ein Hochschulstudium bedeutete beträchtliche Ausgaben.

Die meisten mittleren und niederen Beamten wohnten privat eher bescheiden und litten unter steigenden Mietzinsen. An preisgünstigen Beamtenwohnungen mangelte es fast überall, in Lemberg (Lwów, L'viv; L'viv) und Czernowitz (Černivci, Cernăuți, Černovcy; Černivci) mehr noch als in Wien⁸⁶. Sozialer Druck wirkte zusätzlich erschwerend, da man von Beamten eine Wohnung in zentraler Lage erwartete. In höheren Beamtenpositionen musste die Wohnung auch repräsentative Zwecke erfüllen. Eine ange-

⁷⁹ MEGNER, Beamte 365.

⁸⁰ EBD. 373.

⁸¹ VOŠAHLÍKOVÁ, Ämter und Beamte 10.

⁸² EBD. 12 f.; MEGNER, Beamte 285 ff.

⁸³ VOŠAHLÍKOVÁ, Ämter und Beamte 23.

⁸⁴ MEGNER, Beamte 171.

⁸⁵ Wegen der schwierigen Heiratsbedingungen gehörten gerade Beamtentöchter zu den Vorreiterinnen höherer Mädchenbildung, mit all den daraus resultierenden gesellschaftlichen und innerfamiliären Konflikten. Ein Beispiel dafür stellt die Lebensgeschichte von Luisa Hálová dar, vgl. LUISA HÁLOVÁ, Aufzeichnungen; in: VOŠAHLÍKOVÁ (Hg.), Von Amts wegen 267–292.

⁸⁶ MEGNER, Beamte 369.

messene Kleidung galt als weiteres Muss, gleichzeitig wurde aber von Beamten ein bescheidenes Leben und daher kein besonderer Repräsentationsaufwand erwartet. Sparsamkeit galt überhaupt als ein Grundzug der österreichischen Verwaltung, und dieser Grundzug sollte sich im Privat- wie im Arbeitsleben der Beamten zeigen. Dementsprechend bescheiden, ja abweisend präsentierte sich so mancher Arbeitsplatz⁸⁷. Der meist kärglich bemessenen Freizeit kam große Bedeutung zu, und je nach Haushaltsbudget ging man spazieren oder ins Wirtshaus, machte Sonntagsausflüge, besuchte Bälle, Tanzveranstaltungen und andere öffentliche Geselligkeiten, leistete sich Theater-, Konzert- und Ausstellungsbesuche. Aus vielen lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen geht hervor, dass einzelne Berufsgruppen und soziale Milieus in ihrer Freizeit gerne weitgehend unter sich bzw. unter sozial Gleichgestellten blieben.

Ein weiteres Charakteristikum bestand in einer hohen Fluktuation – ähnlich den freien Berufen diente die Tätigkeit in einer Provinzkleinstadt vielen Beamten oft nur als Sprungbrett für eine Karriere in den Verwaltungszentren oder gar in den Hauptstädten Wien und Budapest. Den Beamten im Staatsdienst wurde – im Unterschied zu den Beschäftigten eines Magistrates oder den Privatangestellten – eine relativ hohe Mobilität abverlangt⁸⁸. Ein Wechsel des Dienstortes sollte auch eine zu starke lokale Identifikation erschweren. Gefasst sein musste man zudem auf häufige Abteilungswechsel. Der spätere Wiener Bürgermeister Richard Weiskirchner, 1861 geboren, trat 1883 als frisch promovierter Jurist in den Dienst der Stadt Wien⁸⁹. Er begann im Departement für Apportionierungswesen, von wo er in das Statistische Departement und später in jenes für Sanitätswesen versetzt wurde. Als Günstling Bürgermeister Luegers wurde der junge Magistrats-Kommissär (Rangklasse VI) 1898 zum Magistrats-Sekretär (Rangklasse IV) mit einem Bezug von 2.000 Gulden sowie 600 Gulden Quartiergeld ernannt, kurz darauf, wiederum unterstützt von Lueger, zum Vorstand des magistratischen Departements für Armenpflege. 1901 wurde Weiskirchner zum Magistrats-Vizedirektor, 1903 zum Magistratsdirektor ernannt.

Manche Beamte dürften ein eher beschauliches Arbeitsleben geführt haben. Vorherrschend war im Allgemeinen, vor allem unter höheren Beamten der Zentralverwaltung, eine eher kurze Bürozeit (in untergeordneten Positionen wurde meist länger gearbeitet). Die tägliche Dienstzeit vieler städtischer Behörden – mit Ausnahme der Steuerämter – lag bei sechs Stunden⁹⁰. Dies ermöglichte es zugleich, das karge Gehalt mit etwaigen Nebeneinnahmen aufzubessern. Der spätere Wiener Polizeipräsident Franz Brandl beschreibt, dass während seiner Tätigkeit beim Polizeikommissariat Wien-Döbling – in Abwesenheit des Chefs – der Garten des Kommissariats für die kleinen Beamten und ihre Familienangehörigen Ersatz für den Sommeraufenthalt bot. Man spielte dort Kegel, der Arrestanten-

⁸⁷ Vgl. dazu die Schilderungen des Ministerialbeamten Friedrich Kleinwächter bei BRUNO SCHMETSCHEK, *Der österreichische Beamte. Geschichte und Tradition* (Wien 1984) 191 f. sowie Kleinwächters eigene Darstellung: FRIEDRICH F. G. KLEINWÄCHTER, *Der fröhliche Präsidialist* (Wien 1947).

⁸⁸ VOŠAHLÍKOVÁ, *Ämter und Beamte* 19.

⁸⁹ Vgl. CHRISTIAN MERTENS, *Richard Weiskirchner (1861–1926). Der unbekannt Wiener Bürgermeister* (= Österreich Archiv. Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien – München 2006) 22 ff.

⁹⁰ MEGNER, *Beamte* 97–100.

posten holte den Kaffee und den Gugelhupf vom kleinen Kaffeehaus gegenüber und abends dann das Bier, zu dem man Wurst vom Papier mit Butterbrot verzehrte⁹¹. Doch wäre es falsch, dieses Beispiel zu verallgemeinern; höhere Beamte hatten vielfach kaum Freizeit, wie den Aufzeichnungen Richard Seegers entnommen werden kann. Ein dienstfreies Wochenende etwa als Landes- bzw. Oberlandesgerichtsrat (Bezirksrichter) war unbekannt. „Vater kam an Samstagen nie vor halb sieben Uhr abends nach Hause [...]. Sogar jeden zweiten Sonntag musste er ins Büro.“⁹² Es gab auch körperlich anstrengende Beamtenaktivitäten, etwa als Geometer auf dem Land, wenn man auf ein Fortkommen mit dem Pferd angewiesen war⁹³. Alles in allem unterschied sich die Bürokratie zutiefst von anderen Berufs- und Erwerbsklassen, durch die finanzielle und rechtliche Privilegierung, durch ein krisensicheres Gehalt, das eigentümliche Loyalitätsverhältnis gegenüber Herrscher und Staat, die straffe Disziplinierung durch Personalakten und Verhaltensvorschriften, die schematisch geregelten Organisationsabläufe usw.⁹⁴ Die Uniform war ein deutlicher äußerer Ausdruck dieser Sonderstellung.

3. Frauen: Wege in den Erwerb

Dem patriarchalischen Konzept dichotomer „Geschlechtscharaktere“ zufolge wurde der Mann auf die öffentlich-gesellschaftliche Sphäre, die Frau auf den häuslichen Privatbereich festgelegt⁹⁵. Demzufolge galt Frauenerwerbstätigkeit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im öffentlichen Bewusstsein – dominiert von adeligen und bürgerlichen Schichten – als notwendiges Übel für Minderbemittelte, teils sogar als Schande⁹⁶. Die Wirklichkeit stellte sich anders dar. Frauen hatten zusätzlich zur unentgeltlichen Hausarbeit und Kindererziehung zunehmend auch Anteil an der gesellschaftlich organisierten bezahlten Arbeit. 1870 war nicht nur die Erwerbsquote der Männer (73 %), sondern auch jene der Frauen (47 %) so hoch wie später nie mehr⁹⁷. Existenzsicherungsgründe zwangen immer mehr Frauen, erwerbstätig zu werden. Eine wachsende Zahl kleiner und mittlerer Kaufleute, Handwerker und Beamter sah sich von der Versorgung ihrer Töchter materiell überfordert⁹⁸. Dazu kam, dass vor dem Hintergrund des Übergangs

⁹¹ Zit. SCHIMETSCHKE, *Der österreichische Beamte 190*.

⁹² RICHARD SEEGER, *Mittelpunkt war der Vater*; in: ANDREA SCHNÖLLER, HANNES STEKL (Hgg.), *„Es war eine Welt der Geborgenheit...“ Bürgerliche Kindheit in Monarchie und Republik (= Damit es nicht verloren geht... 12, Wien – Köln 1987) 215*.

⁹³ JAN BAŠE; in: VOŠAHLÍKOVÁ (Hg.), *Vom Amts wegen 194*.

⁹⁴ WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte III 858*.

⁹⁵ KARIN HAUSEN, *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“*. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben; in: HEIDI ROSENBAUM (Hg.), *Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozio-ökonomischen Bedingungen von Familienformen (Frankfurt am Main 1978) 161–191*.

⁹⁶ URSULA NIENHAUS, *Von Töchtern und Schwestern. Zur vergessenen Geschichte der weiblichen Angestellten im deutschen Kaiserreich*; in: KOCKA (Hg.), *Angestellte im europäischen Vergleich 312 ff.*

⁹⁷ CSENDES, OPLL (Hgg.), *Die Stadt Wien 78*.

⁹⁸ NIENHAUS, *Von Töchtern und Schwestern 317*.

von einer agrarischen zu einer industriellen Gesellschaft viele Frauen im Rahmen der bäuerlichen Familienwirtschaft erwerbstätig waren, Ehefrauen von Arbeitern Zusatzdienste erbringen mussten und die vom Land in die Städte zugewanderten Frauen meist ledig waren und als Dienstbotinnen es auch blieben und so ebenfalls auf ein eigenes Einkommen angewiesen waren⁹⁹. Doch nicht ökonomischer Druck allein stand hinter der Erwerbstätigkeit von Frauen. Viele Frauen wollten sich bewusst nicht mit den ihnen zugewiesenen Rollen begnügen, wollten Berufe erlernen, von ihren Eltern oder (Ehe) Partnern unabhängig sein bzw. werden.

Qualifizierte Berufspositionen waren für Frauen kaum zu erlangen. Viele mittlere und höhere Ausbildungswege blieben ihnen versperrt, die bürgerliche Frauenbewegung kämpfte daher insbesondere um das Recht auf (qualifizierte) Arbeit und (Aus)Bildung. Die Verhältnisse auf dem Land boten Frauen hauptsächlich Erwerbchancen als Dienstbotinnen. Breiter war das Spektrum in den Städten. Trotz gesellschaftlicher Vorurteile gegen die Fabrikarbeit – in die Fabrik zu gehen, kam für Frauen aus christlich-konservativen, kleinbürgerlichen oder bäuerlichen Schichten nicht in Frage¹⁰⁰ –, waren vor allem junge und ledige, meist aus proletarischen Familien stammende Frauen in Fabriken zu finden. Ein großes Segment unter den erwerbstätigen Frauen bildeten Heimarbeiterinnen, vor allem in der Bekleidungs- und Textilindustrie. Doch letztlich erwarteten sie in den Heim- und Fabrikgewerben meist untergeordnete und entsprechend schlecht bezahlte Funktionen und schwere Arbeit. Ansonsten konzentrierte sich der Großteil der Frauenerbeitsplätze auf den Dienstleistungssektor, wo die jungen ledigen Zuwanderinnen im Warenhandel, wo ihr Anteil an den Berufstätigen über ein Drittel betrug, im Gast- und Schankgewerbe, im Beherbergungswesen bzw. im Unterrichts- und Bildungswesen, wo ihr Anteil um die 50 % lag, vor allem aber als Dienstmädchen Beschäftigung fanden, bei meist schlechter Entlohnung und in hausrechtlicher Abhängigkeit vom Arbeitgeber¹⁰¹. Hohe Frauenanteile konzentrierten sich weiters auf die sonstigen persönlichen Dienste (Körperpflege, diverse andere persönliche Dienste, Reinigung, inklusive Straßen- und Kanalreinigung, Bestattung). Die Konzentration der Frauennarbeit auf ganz bestimmte Bereiche war eine Folge der Herausbildung eines „dualen Arbeitsmarktes“, demzufolge Männer für komplexe, qualifizierte Tätigkeiten geeignet schienen, während Frauen für den durch Automatisierung und Rationalisierung gesteigerten Bedarf an unqualifizierter und billiger Arbeit herangezogen wurden¹⁰². Die Verbreiterung von Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, ihr allmähliches Vordringen in die Kontore, Büros, Kaufhäuser und Ämter wurde von heftigen Protesten der Männer begleitet, etwa im Bereich der Handelsangestellten, beim Postdienst oder beim öffentlichen Dienst insgesamt. Im Arbeitsleben blieben Diskriminierungen häufig bestehen, Mitgliedschaften in Berufsverbänden bzw.

⁹⁹ JOSEF EHMER, „Innen macht alles die Frau, draußen die grobe Arbeit macht der Mann.“ Frauen-erwerbstätigkeit in der industriellen Gesellschaft; in: BIRGIT BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, MICHAEL MITTERAUER (Hgg.), *Frauen-Arbeitswelten* (= Historische Sozialkunde 3, Wien 1993) 83.

¹⁰⁰ FRANZ SEVERIN BERGER, CHRISTIANE HOLLER, *Von der Waschfrau zum Fräulein auf dem Amt. Frauennarbeit durch drei Jahrhunderte* (Wien 1997) 65.

¹⁰¹ Zur persönlichen Unfreiheit der Dienstboten im Detail TICHY, *Alltag und Traum* 34–42.

¹⁰² EHMER, „Innen macht alles die Frau ...“ 87, 89 f.

-organisationen blieben Frauen oft verwehrt¹⁰³. Veränderungen der oben dargestellten Bedingungen ließen die Frauenerwerbsquote im weiteren Verlauf des Industrialisierungsprozesses wieder sinken, ihr Rückgang bis zum Ersten Weltkrieg dürfte zudem auf Veränderungen der Altersstruktur, weiters auf die Ausbreitung der industriellen Lohnarbeit zurückzuführen sein, die es auch immer mehr Männern aus dem Arbeitermilieu ermöglichte, ihre Familien ganz im Sinne bürgerlicher Rollenteilung als Alleinverdiener mit der Verfügung über das Familieneinkommen zu erhalten¹⁰⁴.

Frauen im häuslichen Dienst

Der häusliche Dienst bildete den weitaus größten Bereich der Frauenerwerbstätigkeit. Dienstmädchenarbeit war „einer der ersten modernen vollständig feminisierten Massenberufe“¹⁰⁵. In Wien waren noch zu Ende des 19. Jahrhunderts mehr als ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen in dieser Sparte tätig¹⁰⁶. Das Arbeitsleben im Bereich der persönlichen Dienstleistungen war besonders restriktiv, weil hier zwischen Anbieter und Nachfrager ein Verhältnis herrschte, das zu Verhaltensanpassungen zwang, die die Lebensgestaltung enorm einschränkten. „Wie sie untergebracht und gepflegt wurden, wie lange sie zu arbeiten und wie sie sich die Arbeit einzuteilen hatten, ob, wann und wie lange sie ausgehen und wen sie zu Besuch empfangen durften, wie sie sich zu kleiden, sogar wie sie zu heißen hatten, bestimmte nach individuellem Ermessen die Herrschaft.“¹⁰⁷ Die so genannten Dienstbotenordnungen legitimierten die willkürliche Verfügung der Herrschaft über die Arbeitskraft und darüber hinaus über die ganze Person¹⁰⁸. Jedes Kronland und viele Hauptstadtverwaltungen¹⁰⁹ verfügten noch nach 1900 über eigene Dienstbotenordnungen, die auf patriarchalischen Grundsätzen beruhten und oft haarsträu-

¹⁰³ Beispiele dazu bei ERNA APPELT, „Denn das Gesetz unserer Zeit heißt Ökonomie ...“ Weibliche Angestellte im Prozeß sozioökonomischer Modernisierung; in: BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, MITTERAUER (Hgg.), Frauen-Arbeitswelten 140 f. Appelt spricht in diesem Zusammenhang von „patriarchalischen Schließungsstrategien“.

¹⁰⁴ Für die Situation 1910 siehe RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2 Karte 7.3: Frauenanteil an den Erwerbstätigen 1910 und EBD. Karte 7.9: Frauenerwerbstätigkeit nach Wirtschaftssektoren 1910.

¹⁰⁵ KARIN WALSER, Dienstmädchen. Frauenarbeit und Weiblichkeitsbilder um 1900 (Frankfurt am Main 1986) 20.

¹⁰⁶ EHMER, „Innen macht alles die Frau ...“ 87 f. Dieser Anteil sank bis 1910 auf etwa ein Viertel.

¹⁰⁷ TICHY, Alltag und Traum 109.

¹⁰⁸ EBD. 34.

¹⁰⁹ Klagenfurt (Celovec; *Klagenfurt*), Salzburg, Graz (Gradec; *Graz*), Krakau (Kraków; *Kraków*), Prag (Praha; *Praha*), Czernowitz, Laibach (Ljubljana; *Ljubljana*) und Wien verfügten über eigene Dienstbotenordnungen, während es in sämtlichen anderen Städten der westlichen Reichshälfte keine Sonderregelungen für das häusliche Personal gab und dieses somit wie das ländliche Gesinde behandelt wurde und allen Verschärfungen des Disziplinarrechts und Einschränkungen der Freizügigkeit ausgesetzt war, die sich in der Landwirtschaft seit den achtziger Jahren durchsetzten, vgl. HANNES STEKL, Soziale Sicherheit für Hausgehilfen; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ROMAN SANDGRUBER, HANNES STEKL, Soziale Sicherheit im Nachziehverfahren. Die Einbeziehung der Bauern, Landarbeiter, Gewerbetreibenden und Hausgehilfen in das System der österreichischen Sozialversicherung (= Geschichte und Sozialkunde 3 – Reihe „Forschungen“, Salzburg 1978) 176 f.

bende Paragraphen enthielten, die geradezu einer Aufforderung zu schlechter Behandlung gleichkamen¹¹⁰. Für das Dienstpersonal existierten weder eine Kranken-, noch eine Alters-, Unfall- oder Invaliditätsversicherung. Das in Wien 1851 eingeführte System der Dienstbotenbücher, in die die von den Herrschaften ausgestellten Zeugnisse eingetragen wurden und die jedem neuen Dienstgeber vorzulegen waren, verschärfte die Disziplinierung des Hauspersonals¹¹¹. Nicht von ungefähr sprachen viele zeitgenössische Untersuchungen von einer Stellung als „Hausklavin“. Erst ab den neunziger Jahren wurde die „Dienstbotenfrage“ als soziales Problem diskutiert und bildete einen wichtigen Teilbereich der „Frauenfrage“. Der Ausspruch „Ein Hund hat es besser als wir“¹¹² charakterisiert viele Arbeitsverhältnisse sehr treffend. Ähnliches galt für das Gast- und Reinigungsgewerbe, wo Frauen oft ebenfalls den rechtlichen Status von Dienstmädchen hatten. Dazu kam eine äußerst geringe Entlohnung. Erhebungen aus dem Jahr 1878 ergaben folgende Monatslöhne, wobei zwischen Klein- und Großstädten erhebliche Abweichungen bestanden: Dienstmädchen 6 bis 8 Gulden, Stubenmädchen 10 bis 15 Gulden, Köchinnen 10 bis 20 Gulden, Kutscher 6 bis 10 Gulden¹¹³. Monatslöhne von 10 bis 20 Kronen waren um 1910 die Regel, Anfängerinnen erhielten oft noch weniger¹¹⁴.

Der Mangel an beruflichen Alternativen, gesellschaftliche Vorurteile und moralische Vorbehalte, die etwa gegen die Fabrikarbeit bzw. gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen generell geltend gemacht wurden, sprachen für den Dienstbotenberuf. Denn wer in den Dienst ging, begab sich in die Obhut einer Familie, arbeitete dort im Haushalt¹¹⁵, hatte kaum Freizeit¹¹⁶ und kam daher – so die Meinung vieler – nicht auf dumme Gedanken. Der Beruf des Dienstmädchens wurde dementsprechend als ideale Ausgangssituation für den späteren Lebensweg junger Mädchen gepriesen. Sie arbeiteten, so hieß es, den „weiblichen Anlagen“ am besten entsprechend und hätten den idealen Beruf, um sich auf „ihre eigentliche Aufgabe als Hausfrau und Mutter“ vorzubereiten. So konstatierte etwa ein Experte des österreichischen Gesindewesens 1902: „Der häusliche Herd ist auch heutzutage noch der eigentliche Boden weiblicher Arbeit.“¹¹⁷ In Cisleithanien arbeiteten im Jahr 1869 817.895 im Haus des Dienstgebers untergebrachte Dienstboten, 1880 775.882,

¹¹⁰ ADELHEID POPP, Hausklavinnen. Ein Beitrag zur Lage der Dienstmädchen (Wien 1912) 8 ff. Die Autorin zitiert einige umstrittene Bestimmungen aus diversen Dienstbotenordnungen.

¹¹¹ TICHY, Alltag und Traum 38.

¹¹² Ausspruch mehrerer Dienstmädchen auf Dienstbotenversammlungen der Jahre 1910 und 1911, zit. POPP, Hausklavinnen 21.

¹¹³ Zit. STEKL, Soziale Sicherheit 201.

¹¹⁴ POPP, Hausklavinnen 7. Nach Stekl lagen in den Siebzigern die niedrigsten Monatslöhne in Wien für „Mädchen für alles“ etwa bei 7 fl, der Durchschnitt für Stubenmädchen bzw. Köchinnen bei 12–15 fl, STEKL, Hausrechtliche Abhängigkeit 309, Anm. 43.

¹¹⁵ Das Kriterium der Hausgenossenschaft bzw. -gemeinschaft mit dem Dienstgeber war ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal des häuslichen Dienstes und fand auch in die Wiener Dienstbotenordnung von 1911 Eingang; vgl. DIENSTORDNUNG FÜR DAS HAUSPERSONAL IM GEBIETE DER K. K. REICHSHAUPT- UND RESIDENZSTADT WIEN (GESINDEORDNUNG) (Wien 1911).

¹¹⁶ Im Kommentar zur Wiener Dienstbotenordnung 1911 wurde auf das Recht des Dienstherrn hingewiesen, „über die Zeit und Arbeit des Dienstnehmers im Rahmen des Gesetzes frei zu verfügen“; zit. TICHY, Alltag und Traum 17.

¹¹⁷ MORGENSTERN, Gesindewesen 100.

1890 nur mehr 456.277, 1900 478.756 und 1910, nach einem neuerlichen leichten Rückgang, 470.072 Personen¹¹⁸. 1890 waren drei Viertel des häuslichen Gesindes in Städten beschäftigt, 32,1% in Orten mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern, 42,5% in Orten mit mehr als 5.000 Einwohnern¹¹⁹. Im Zuge fortschreitender Technisierung und marktwirtschaftlicher Spezialisierung des Hauspersonals und mit dem Entstehen neuer Berufe kam es zu einem quantitativen Rückgang dieser Berufsgruppe, wobei sich insbesondere in Großstädten eine starke anteilmäßige Abnahme des Hauspersonals nachweisen lässt¹²⁰. Das dienende Hauspersonal erfuhr in zunehmendem Ausmaß eine Umorientierung und Umbenennung: So trat der/die Hausangestellte an die Stelle des Dienstboten, an die Stelle des im Haushalt des Dienstgebers wohnenden Gesindes trat zunehmend der neue Typ der Bedienerin oder Hauswäscherin mit eigenem Haushalt. Diese Gruppe wuchs zwischen 1890 und 1910 von 98.402 auf 166.446 Personen an, die fast ein Viertel des gesamten Personals ausmachten. Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1910 verfügten 6,6% aller österreichischen Haushalte über Dienstboten, wobei die Großstädte überdurchschnittlich hohe Anteile aufwiesen. Die galizischen Städte Krakau und Lemberg kamen auf die höchsten Anteile mit 29,7 bzw. 28,8%, was sich aus der zentralörtlich bedingten Konzentration der freiberuflichen und kommerziellen Dienstleistungen erklärt. In Wien waren 1910 17,8% aller Haushalte mit Dienstboten ausgestattet¹²¹.

Die Zahl der häuslichen Dienstboten wuchs in Wien von rund 91.700 Anfang der achtziger Jahre auf 107.571 Personen bis 1890 an. 1900 zählte man in Wien 101.866 Dienstboten, 1910 101.364. Die überwiegende Mehrheit darunter waren junge Frauen. In Cisleithanien belief sich der Anteil der Frauen unter den Dienstboten im Jahr 1890 auf 93%¹²². Davon war fast ein Drittel jünger als 20 Jahre, über ein Drittel befand sich im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Stadt und Land unterschieden sich in diesen Merkmalen wenig. 1890 waren in Wien 94% der Dienstboten Frauen¹²³. Die meisten Frauen kamen vom Land, fast alle waren junge Mädchen, nur 30% älter als dreißig Jahre. Um 1900 waren bereits 97% des Wiener Hauspersonals weiblich, und diese Relation blieb in der Folge annähernd konstant. Was das Alter betrifft, verjüngten sich die Dienstboten weiter. 1910 war in Wien fast ein Drittel der weiblichen Dienstboten unter 20 Jahre alt, 12,5% sogar unter 15, also Kinder und Jugendliche, fast 45% waren zwischen 20 und 30 Jahren¹²⁴.

¹¹⁸ Zahlen für 1869 und 1880 bei STEKL, *Hausrechtliche Abhängigkeit* 303. Die weiteren Daten nach BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, *Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur* 163 f. Stekl nennt für 1890 eine andere Zahl, nämlich 444.760. Die österreichische Statistik erhob im Untersuchungszeitraum das Hauspersonal nicht als eigene Berufsgruppe, sondern als zugehörig zum Beruf des Dienstgebers. Für die Gesamtmonarchie siehe RUMPLER, *URBANITSCH* (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2 Karte 8.8: Diener und Dienstboten* 1910.

¹¹⁹ STEKL, *Soziale Sicherheit* 193.

¹²⁰ EBD. 195 Tabelle 3: Daten zu den Hauptstädten.

¹²¹ BRUCKMÜLLER, STEKL, *Geschichte des Bürgertums* 171.

¹²² MORGENSTERN, *Gesindewesen* 103. Dementsprechend gilt der ab 1900 einsetzende anteilmäßige Rückgang der häuslichen Dienste als größte Umschichtung der Frauenerwerbstätigkeit.

¹²³ Dazu TICHY, *Alltag und Traum* 17; BERGER, *HOLLER*, *Von der Waschfrau* 69.

¹²⁴ TICHY, *Alltag und Traum* 24.

Mit dem niedrigen Alter korrelierte der fast ausnahmslos ledige Familienstand: 1890 waren 93,1 % der in Österreich arbeitenden Dienstmädchen ledig, 2,5 % verheiratet, der Rest verwitwet oder geschieden¹²⁵. In Wien waren zum selben Zeitpunkt 94 % der weiblichen Dienstboten ledig und 2 % verheiratet. Ein wenig anders stellt sich die Situation der männlichen Dienstboten dar. In Österreich waren 1890 79,1 % der männlichen Dienstboten ledig und 18 % verheiratet, in Wien 65 % ledig und 30 % verheiratet. Insbesondere für die große Mehrheit der Dienstbotinnen war die Verheiratung gleichbedeutend mit der Aufgabe des Berufs¹²⁶. Für die Wiener Dienstbot/inn/en liegen auch regionale Herkunftsdaten vor. 1890 waren 12,4 % aller in Wien beschäftigten Dienstboten in Wien geboren, 19,6 % stammten aus einem anderen Bezirk Niederösterreichs, 53,7 % aus einem anderen Kronland, meist aus Böhmen und Mähren, 14,3 % waren im Ausland (zu dem auch Ungarn zählte) geboren¹²⁷. Auf dem Land und in den Kleinstädten stammte das Dienstpersonal zumeist aus der unmittelbaren Umgebung. Die Herkunft bestimmte Status und Entlohnung mit. Die tschechischen Dienstbot/inn/en „blieben die unterste, am schlechtesten entlohnte und am meisten ausgebeutete Schicht des Hauspersonals“¹²⁸.

Der Großteil der Dienstbotinnen stammte aus der ärmeren Landbevölkerung, sie waren hauptsächlich Töchter von Kleinbauern, Tagelöhnern und ländlichen Kleingewerbetreibenden; bei städtischer Herkunft oft auch von Arbeitern. Dienstboten ragten allein aufgrund ihrer Zahl unter den Dienstleistungsberufen heraus, und dies nicht nur in den Städten. Viele bäuerliche Familienbetriebe deckten ihren Arbeitskräftebedarf nicht nur mit Verwandten, sondern vor allem mit zusätzlich aufgenommenen Dienstboten. Auf Gesindemärkten konnte weibliches Gesinde ausgesucht werden. Mägde und Knechte, die oft bereits im Kindesalter in den Dienst gingen, waren wie das Dienstpersonal in der Stadt einer starken Hierarchie unterworfen. Das Gesinde durfte während der Dienstzeit nicht heiraten. Ländliche Dienstboten bildeten eine riesige Bevölkerungsgruppe. In Kärnten zählte man 1890 bei einer Bevölkerung von 361.008 Einwohnern 230.542 in der Landwirtschaft hauptberuflich beschäftigte Personen, worunter sich 27.313 selbstständige Bauern und 132.159 landwirtschaftliche Dienstboten befanden, wobei die Dienstboten dem Primär- und nicht dem Tertiärsektor zugerechnet wurden. Verpflegung, Geldlohn und die zur Verfügung gestellte Kleidung waren minimal, eine Dienststelle in der Stadt schien attraktiver. Dienstmädchen waren häufig die unmittelbaren Bezugspersonen der Kinder ihrer Arbeitgeber, als teilweiser „Elternersatz“ finden sie auch in Kindheits- und Lebenserinnerungen unterschiedliche Beurteilung¹²⁹.

Unter den Dienstboten gab es – je nach Grad der Arbeitsbelastung oder Lohnhöhe – mehrere Abstufungen. Als maßgeblich für die Arbeitsbedingungen erwies sich die Größe des Haushalts, wobei zwischen großbürgerlichen bzw. herrschaftlichen Haushalten, Haus-

¹²⁵ Daten bei MORGENSTERN, *Gesindewesen* 105.

¹²⁶ TICHY, *Alltag und Traum* 25.

¹²⁷ MONIKA GLETTNER, *Die Wiener Tschechen um 1900. Strukturanalyse einer nationalen Minderheit in der Großstadt* (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 28, München – Wien 1972) 230.

¹²⁸ TICHY, *Alltag und Traum* 25.

¹²⁹ ANDREA SCHNÖLLER, HANNES STEKL, *Bürgerliche Kindheit in Autobiographien*; in: DIESELBEN (Hgg.), *„Es war eine Welt der Geborgenheit ...“* 34.

halten des mittleren Bürgertums und Haushalten des Kleingewerbes unterschieden werden muss. In letzteren dürfte der Großteil der Dienstmädchen beschäftigt gewesen sein¹³⁰. Hatten Dienstmädchen in Großhaushalten mit mehreren Dienstbot/inn/en meist einen spezifischen Arbeitsbereich, so dienten sie in klein- und mittelbürgerlichen Haushalten oft als „Mädchen für alles“¹³¹. Wenig besser, was die Arbeitsbelastung betraf, ging es den im Allgemeinen am geringsten entlohnten Kindermädchen¹³². Etwas besser bezahlt wurden einfache Hausmädchen, die Küchenmädchen und die bereits erwähnte Gruppe der „Mädchen für alles“. Weiter oben in der Lohnhierarchie standen Wirtschaftserinnen, Ammen, feine Stubenmädchen, Gouvernanten, deren Aufgabe die Erziehung der Töchter war, und die Jungfern, denen die persönliche Bedienung der Frau des Hauses oblag. Köchinnen verdienten – mit Ausnahme der männlichen Dienstboten – am meisten. Hinzu kam, dass auch ihre Arbeitsbelastung geringer gewesen sein dürfte, insbesondere wenn ihnen ein Küchenmädchen zur Hand ging und ein Haus- oder Stubenmädchen die übrige Arbeit verrichtete¹³³. Der großbürgerliche Haushalt des Vorstandsdirektors einer Wiener Großbank, Felix Stransky, umfasste beispielsweise Köchin, Stubenmädchen, Extramädchen, Diener, Bedienerin, eine Wäscherin für die kleine Wäsche und einen Stiefelputzer¹³⁴. „Wenn es große Gäste gab, wurden zum hauseigenen Personal immer noch geschulte Servierdiener gerufen.“ In so einem Haushalt mussten Köchinnen „wahre Künstlerinnen in ihrem Fach“ sein, „die die feine Küche überlegen beherrschten und, was genauso wichtig war [...], gefällig anzurichten wußten“. Hätte das Essen nicht geklappt, wäre eine Speise misslungen, wären nicht nur „Ehre und Renommee der Köchin selbst“ auf dem Spiel gestanden, sondern das Haus „wäre sofort von der Liste der gutgeführten Häuser gestrichen worden“.

Das Fehlen einer geregelten Berufsausbildung für die häusliche Arbeit machte die fachliche Qualifikation der Mädchen und somit auch ihre Aufstiegschancen zur Köchin oder zum feinen Stubenmädchen vom Zufall bzw. der Dienstherrin abhängig¹³⁵. Es handelte sich also bei den Dienstbot/inn/en keineswegs um eine einheitliche soziale Gruppe. Ein subtil gestaffeltes Rang- und Lohnsystem vereitelte eine Frontbildung des Personals in größeren Haushalten¹³⁶. Eine Solidarisierung der Dienstboten wurde auch dadurch erschwert, dass sie weit verstreut waren, weiters durch die offene Regelung fester Aus-

¹³⁰ Walser erwähnt, dass in Berlin die Hälfte der Dienstmädchen in Haushalten Kleingewerbetreibender beschäftigt war, je ein Viertel entfiel auf die anderen beiden Kategorien, WALSER, Dienstmädchen 22 f. Für Wien liegen keine exakten Zahlen vor.

¹³¹ TICHY, Alltag und Traum 42.

¹³² Zur Lohnhierarchie der Dienstbotinnen EBD. 52.

¹³³ Einen guten Einblick in die Dienstmädchenhierarchie gibt ALBERT FUCHS, „Es war ein Dasein von ungewöhnlicher Milde“; in: HANNES STEKL (Hg.), „Höhere Töchter“ und „Söhne aus gutem Haus“. Bürgerliche Jugend in Monarchie und Republik (= Damit es nicht verloren geht ... 45, Wien – Köln – Weimar 1999) 188 f.

¹³⁴ Vgl. dazu und im Folgenden CLAIRE EUGENIE MOLLIK-STRANSKY, Wie die Erinnerungen vor meinen inneren Blicken auftauchen, so will ich von ihnen berichten, in: SCHNÖLLER, STEKL (Hgg.), „Es war eine Welt der Geborgenheit ...“ 92 f.

¹³⁵ TICHY, Alltag und Traum 27.

¹³⁶ STEKL, Soziale Sicherheit 189 ff.

gangszeiten und die unbedingte Gehorsamspflicht. Lag der Geldlohn meist unter dem von Arbeiterinnen, so glichen freie Kost und Logis diese Differenz einigermaßen aus und erleichterten – insbesondere für Zugewanderte – den Eintritt in die Erwerbsarbeit. Was die Unterbringung betrifft, bewohnten viele Dienstbotinnen kein eigenes Zimmer, sondern den Korridor, Abstellkammern, das Badezimmer, Gänge oder die Küche¹³⁷. Selbst das „klassische“ Dienstbotenzimmer bestand meist aus einer finsternen Kammer, in der oft nicht einmal ein ordentliches Bett Platz hatte. Kost und Verpflegung waren mit wenigen Ausnahmen kärglich und oft minderwertig¹³⁸. Lange Arbeitstage waren die Regel, eine gesetzliche Arbeitszeitregelung fehlte völlig, die diesbezüglichen Schutzbestimmungen – etwa den Dienstboten nicht mit „Arbeit über Kräfte“¹³⁹ zu überladen – waren vage und „glichen eher einem Appell an das Wohlwollen der Herrschaft als einer bindenden Vorschrift“¹⁴⁰. Auch Maßnahmen wie die Einführung einer Dienstbotenkrankenkasse in Wien 1865 brachten für das häusliche Personal keinerlei Verbesserung seiner Ansprüche im Krankheitsfall¹⁴¹. Der Dienst begann meist zwischen 6 und 7 Uhr früh und endete selten vor 10 Uhr abends¹⁴². 16-stündige Arbeitstage waren demnach durchaus üblich. Für ein wenig Freizeit, den ersehnten Ausgang, blieb zumeist nur ein Teil des Sonntags, und dies oft auch nur alle zwei Wochen.

Nicht nur der Arbeitsalltag war hart, der Verdienst schmal, der Ausgang schwer umkämpft, hinzu kamen diverse Schikanen seitens der Arbeitgeber¹⁴³, Diebstahlsbezeichnungen, nicht selten verbale und körperliche Gewalt¹⁴⁴ sowie sexuelle Belästigungen seitens des Hausherrn oder seiner Söhne¹⁴⁵, Schikanen oder Eifersüchteleien der Hausfrauen, respektloses Verhalten der Kinder. So kann es nicht verwundern, dass häufige Stellenwechsel die Regel waren, wobei die Fluktuationen sicher auch das Ergebnis einer Verbreiterung der Berufschancen waren. Die Vergehen der Polizei zu melden und ein Gericht einzuschalten, wagten nur die wenigsten. Der harte Arbeitsalltag erklärt auch die Liebe des weiblichen Hauspersonals zu Kolportageromanen, Schauergeschichten und Liebesromanen, die in den sechziger und siebziger Jahren einen unerhörten Aufschwung nahmen, zu christlicher Erbauungsliteratur und zur Unterhaltungspresse, die die Funktion von „Surrogaten für ein nicht gelebtes Leben“¹⁴⁶ einnahmen. Krankheit oder das Ende des Arbeitsverhältnisses bedeuteten oft, auf der Straße zu stehen und nicht weiter zu wissen. Lang andauernde Stellenlosigkeit führte junge Dienstmädchen nur allzu oft der Prostitution zu. Ältere Dienstboten, die keine Beschäftigung mehr fanden, beschlossen ihr Leben häufig im Versorgungshaus. Das häusliche Personal gehörte zu den von der österreichischen Sozialgesetzgebung am spätesten erfassten Erwerbsgruppen, bis 1921 existierte keine

¹³⁷ TICHY, *Alltag und Traum* 47 ff.

¹³⁸ Beispiele EBD. 50 f.

¹³⁹ Gesindeordnung für Wien 1810, § 78, zit. STEKL, *Hausrechtliche Abhängigkeit* 306.

¹⁴⁰ EBD.

¹⁴¹ STEKL, *Soziale Sicherheit* 185 f.

¹⁴² TICHY, *Alltag und Traum* 42.

¹⁴³ Beispiele für derartige Schikanen bei POPP, *Hausklavinnen* 16 ff.

¹⁴⁴ Beispiele bei TICHY, *Alltag und Traum* 108.

¹⁴⁵ EBD. 38–42.

¹⁴⁶ EBD. 81.

obligatorische Kranken- und Unfallversicherung¹⁴⁷. Auch von der Arbeiterbewegung wurde diese Problematik erst mit großer Verspätung, ab 1911, aufgegriffen¹⁴⁸.

Frauen im Büro

Büroarbeitsplätze waren zunächst nur Frauen aus besseren bürgerlichen Kreisen vorbehalten – Mädchen aus unteren Schichten fehlte es an der Schul- und Allgemeinbildung, aus damaliger Sicht auch an entsprechendem Benehmen oder der geforderten Sittlichkeit. Ähnlich wie in der Industrie führten aber auch im Verwaltungs- und Bürobereich Dequalifikation und Entindividualisierung der Arbeit zu einem vermehrten Einsatz von Frauen¹⁴⁹. Büroarbeit bot nunmehr auch Frauen aus Unter- und Mittelschichten neben den dienenden Berufen die größte Möglichkeit, Zugang zum Angestellten-Arbeitsmarkt zu erlangen. Insbesondere Bereiche, in denen Routinetätigkeiten ausgeübt wurden, verzeichneten eine steigende Frauenerwerbstätigkeit. Der Arbeitsplatz Büro wurde um 1900 mit Stenotypistinnen, Expedientinnen, Schreibmaschinen- und Telefonfräulein zunehmend zu einer weiblichen Domäne. Büroarbeit hatte gegenüber der Verkaufstätigkeit, die sich – für Frauen verpönt – in der Öffentlichkeit abspielte, ein höheres Sozialprestige¹⁵⁰. Die Schreibmaschine war mit dem Bild einer weiblichen Arbeitskraft im Büro von Anfang an verbunden. In den Büros gab es zwar bessere Arbeitsbedingungen als in vielen anderen Bereichen, aber auch jede Menge Schikanen, wobei insbesondere Frauen hinsichtlich Arbeitszeit und Bezahlung häufig diskriminiert wurden¹⁵¹. Trotz dieser Begleitumstände kam es zu einem enormen Anstieg weiblicher (unverheirateter) Büroarbeitskräfte. Die Berufsanforderungen waren hoch. Oft wurde nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule noch die Absolvierung der zweijährigen Handelsschule erwartet, ferner die Kenntnis von Englisch und Französisch, die Beherrschung der Stenographie oder bereits des Maschinschreibens. Wer dies vorweisen konnte, wurde Schreibfräulein, Stenotypistin, Tippmamsell oder Telefonistin, wobei die Beschäftigung im Post- und Telegrafienwesen den Vorteil des Staatsdienstes aufwies.

Nahezu sprichwörtlich wurde die Telefonvermittlung durch das „Fräulein vom Amt“¹⁵². In Wien wurden 1872 die ersten Telefonistinnen beschäftigt, 1897 waren in den Telefonzentralen der Post bereits 2.063 Frauen beschäftigt, allein im Wiener Fernsprechamt im Jahr 1899 700 fast ausschließlich in den beiden untersten Gehaltsstufen entlohnte Telefonmanipulantinnen. Zum schlechten Verdienst kamen schlechte Arbeitsbedingungen. Ähnliches galt für die Tätigkeit der Telegrafien-Manipulantinnen oder Telegrafistinnen¹⁵³. Es herrschte ein ungeheurer Lärm, unter dem die Frauen sieben Stunden lang

¹⁴⁷ Zur Entwicklung der sozialen Absicherung dieser Berufsgruppe vgl. im Detail STEKL, Soziale Sicherheit.

¹⁴⁸ TICHY, Alltag und Traum 136.

¹⁴⁹ EHMER, „Innen macht alles die Frau ...“ 93.

¹⁵⁰ NIENHAUS, Von Töchtern und Schwestern 315.

¹⁵¹ BERGER, HOLLER, Von der Waschfrau 194.

¹⁵² EBD. 200 ff.

¹⁵³ EBD. 202 f.

eine Tätigkeit von höchster Konzentration ausüben mussten. Die Auswahlkriterien für Telegrafistinnen im Postdienst waren dementsprechend hoch. Neben moralischem Vorleben galt es eine Prüfung zu bestehen, welche sich auf Schön-, Schnell- und Rechtschreiben, ferner die Fachkenntnisse (Apparatdienst und Dienstvorschriften) erstreckte und mit gutem Erfolg abgelegt werden musste. Daher hatten Frauen aus der Arbeiterschicht oder ländlichen Unterschicht so gut wie keine Chance, in diese neuen Dienstleistungsberufe einzutreten. Im Jahr 1900 waren 8.950 Frauen im Staatsdienst tätig, 1911 bereits 15.600¹⁵⁴. Die meisten arbeiteten im Post- und Telegraphendienst, einige Hundert bei den Staatsbahnen und im Postsparkassenamt. Unter den Ministerien waren es das Innen- und das Handelsministerium, die im Jahr 1900 als erste Frauen aufnahmen¹⁵⁵. Frauen blieben jedoch im Bereich der Staatsverwaltung bis 1914 „weitgehend unterbezahlte Arbeitskräfte in untergeordneten Positionen mit praktisch keiner Chance des beruflichen Aufstiegs“¹⁵⁶.

Frauen im Handel

Eine weitere große Gruppe bildeten die weiblichen Handelsangestellten. 1910 waren ca. 25 % der im Warenhandel beschäftigten Personen Frauen¹⁵⁷. Viele Verkäuferinnen hatten ihre Erwerbstätigkeit als Dienstmädchen begonnen und erhofften sich vom Berufswechsel eine Verbesserung. Ob ihre Erwartungen erfüllt wurden, ist zweifelhaft, da die Dienstverhältnisse des Verkaufspersonals um die Jahrhundertwende noch gänzlich ungeregt waren, Arbeitszeit bzw. -leistung und Entlohnung wurden individuell vereinbart. Das Durchschnittseinkommen der weiblichen Angestellten lag in den Vorkriegsjahren etwa bei der Hälfte des Einkommens der Männer. Dazu kam, dass Verkäuferinnen kleiner Geschäfte nicht selten im Haushalt der Geschäftsinhaber lebten und sich ihre Arbeit oft nicht von jener der Dienstmädchen unterschied¹⁵⁸. Sie standen untertags hinter dem Ladentisch und verrichteten am Abend und an den Wochenenden Hausarbeit. Die Verkaufstätigkeit war eindeutig weiblich besetzt. Insbesondere der Handel mit Waren für die alltägliche Hauswirtschaft bot Frauen ein Betätigungsfeld¹⁵⁹. Der Übergang zwischen dem Verkauf eigener Erzeugnisse und dem Absatz fremder Produkte muss im Kleinhandel als fließend betrachtet werden. Manche Bäuerin oder Meierin gab einen kleinen Teil der Produkte, die sie nicht für die eigene oder die Hauswirtschaft der städtischen Herrschaft benötigte, auch im Kleinverschleiß an die städtische Bevölkerung ab. Dies galt insbesondere für den Gemüse-, Milch-, Eier- und Käseverkauf. Für beide Arten von Kleinhändlerinnen, für jene, die Erzeugnisse aus eigener Produktion anboten, und

¹⁵⁴ MEGNER, Beamte 299.

¹⁵⁵ APPELT, „Denn das Gesetz unserer Zeit heißt Ökonomie...“ 138.

¹⁵⁶ MEGNER, Beamte 301.

¹⁵⁷ Dazu ERNA APPELT, Die soziale Lage der weiblichen Angestellten Wiens in der Ersten Republik, phil. Diss. (Wien 1983) 109 ff.

¹⁵⁸ DIES., „Denn das Gesetz unserer Zeit heißt Ökonomie...“ 137.

¹⁵⁹ Vgl. GUNDA BARTH-SCALMANI, Frauen in der Welt des Handels an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert: Eine regionalgeschichtliche Typologie; in: IRENE BANDHAUER-SCHÖFFMANN, REGINA BENDL (Hgg.), Unternehmerinnen. Geschichte & Gegenwart selbstständiger Erwerbstätigkeit von Frauen (Frankfurt am Main 2000) 22.

für die Zwischenhändlerinnen, die zwischen Produzent/inn/en und Konsument/inn/en vermittelten, bildeten praktische Rechenkenntnisse und der sichere Umgang mit Maßen, Gewichten und Münzen eine wesentliche Voraussetzung der Geschäftsausübung¹⁶⁰. Statistisch nicht wirklich fassbar ist der Hausiererhandel. Unter den Herumziehenden befand sich eine große Zahl von Hausiererinnen, auch auf den Märkten wurde teils illegal verkauft. Dieser Grauzone der Schattenwirtschaft kam eine nicht geringe Bedeutung zu.

Frauen im Gastgewerbe

Eine besondere Rolle kam den Frauen im Gastgewerbe zu. Anlässlich der cisleithanischen Betriebszählung von 1902 wurden im Wirtsgewerbe und in der Fremdenbeherbergung über 135.000 Frauen gezählt, wobei sich die Frauenarbeit vor allem auf die Klein(st)betriebe konzentrierte¹⁶¹. Auffällig war auch ein hoher Selbstständigenanteil, also von Betriebsinhaberinnen. Wirtinnen standen vielfach unter dem Druck dreifacher Arbeitsbelastung, als Mutter, Hausfrau und Wirtin. Köchinnen, Kellnerinnen und Stubenmädchen bildeten den zunächst mehrheitlich weiblichen Dienstbotenstand. Je nach Größe und Kapitalausstattung des Betriebes konzentrierten sich die zu verrichtenden Tätigkeiten auf die Wirtin selbst, ihre Tochter/Töchter oder auf Dienstpersonal, und die Arbeit im Gastgewerbe war hart¹⁶². Im Gegensatz zu anderen expandierenden Branchen, bei denen der Frauenanteil deutlich anwuchs, kamen im Gastgewerbe mit wachsender Arbeitsteilung und Professionalisierung vorwiegend männliche Arbeitskräfte, insbesondere Köche und Kellner, zum Zug¹⁶³. Mit der Weiterentwicklung vom Gasthof zum Hotel wurden dann die personellen Schlüsselpositionen ausschließlich männlich besetzt¹⁶⁴. Die Zimmer sauber zu machen oblag hingegen den Zimmermädchen. Frauen büßten im Vergleich zum alten Gastgewerbe Positionen ein, konnten aber nicht vollständig verdrängt werden.

Als ein weiteres Charakteristikum der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit kann die starke Expansion sozialer und öffentlicher Dienste ausgemacht werden. Die Bereiche Kunst, Unterhaltung, Sport, Gesundheits- und Fürsorgewesen, Unterrichts- und Forschungswesen, Gebietskörperschaften oder Interessenvertretungen erfuhren im Zuge der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung eine starke Ausweitung. Für die Töchter aus bürgerlichen Kreisen eröffneten sich als Krankenschwester oder Lehrerin – Erziehungs- und Pflegeberufe entsprachen dem traditionellen Frauenbild am ehesten – bzw. als Sekretärin neue Berufsfelder. Doch auch hier blieben Diskriminierungen bestehen. Die Voraussetzung für den Eintritt der Lehrerinnen in das öffentliche staatliche Schulwesen bildete das Reichsvolksschulgesetz von 1869, Gymnasien blieben Lehrerinnen wie auch Schü-

¹⁶⁰ EBD. 26.

¹⁶¹ HANS HEISS, *Selbständigkeit bis auf Widerruf? Zur Rolle von Gastwirtinnen bis 1914*; in: BANDHAUER-SCHÖFFMANN, BENDL (Hgg.), *Unternehmerinnen* 66 f.

¹⁶² Vgl. dazu ROBERT HOFFMANN, *Kindheit und Jugend im ausgehenden 19. Jahrhundert. Die Erinnerungen einer Salzburger Gastwirtstochter*; in: *Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde* 123 (1993) 308.

¹⁶³ HEISS, *Selbständigkeit* 68.

¹⁶⁴ EBD. 71.

lerinnen bis zur Jahrhundertwende verschlossen¹⁶⁵. Für Lehrerinnen galt, mit wenigen Ausnahmen, ein Eheverbot, was jedoch für viele Frauen nichts an der Attraktivität einer Laufbahn im Erziehungswesen änderte. Mit dem Eindringen erster Frauen in Ärzte- und Juristenberufe deutete sich am Ende des Untersuchungszeitraums eine qualitative Erweiterung des Arbeitsplatzspektrums an.

4. Regionale und soziale Differenzierungen

Die Unterschiedlichkeit der Tätigkeiten im Dienstleistungssektor – was ihren sozialen Status betrifft bzw. generell ihre soziale Verortung zu bestimmten Gesellschaftsschichten – verweist nachdrücklich auf die enorme Heterogenität des Sektors. Auch regionale, ethnische bzw. sprachliche Differenzierungen sind zu berücksichtigen. Tätigkeit und berufliches Umfeld eines Beamten in irgendeiner Provinzstadt unterschieden sich von einem in der Hauptstadt Wien arbeitenden Staatsdiener in vielerlei Hinsicht, was auch die Freizeitgestaltung oder das soziale Umfeld betraf. Lebenswelt und Integration eines Beamten in der Provinzstadt hingen auch davon ab, ob er aus dieser Stadt oder zumindest Region stammte, die dort übliche Umgangssprache beherrschte, oder ob er zugezogen war, einer anderen Ethnie angehörte¹⁶⁶. Während nichtdeutsche Beamte die deutsche Sprache in Wort und Schrift meist vorzüglich beherrschten, traf dies umgekehrt auf die deutschen Beamten nicht immer zu, was sich im Verlauf des Nationalitätenstreits als überaus verhängnisvoll erweisen sollte, da damit zumeist ein erheblicher Mangel an Verständnis für die Anliegen Anderssprachiger verbunden war¹⁶⁷. Provinzstadt war zudem nicht gleich Provinzstadt. Ein hoher Beamter unterschied sich von einem niederen Beamten nicht nur durch Status, Einkommen und Bildung, seine Arbeits- und Lebenswelt war eine gänzlich andere. Zudem ließ es die für die Habsburgermonarchie kennzeichnende „Pluralität von relativ autochthonen politischen und gesellschaftlichen Traditionen“ kaum zu, von einer einheitlichen gesellschaftlichen Entwicklung zu sprechen¹⁶⁸. In Lebensgewohnheiten und -bereichen mancher sozialer Schichten „waren anscheinend ‚überholte‘, traditionale Gesellschaftsstrukturen vorhanden, die innerhalb der Monarchie wiederum von Land zu Land verschieden waren, unterschiedlich hervortreten“ und selbst in gewissen städtischen Schichten nachweisbar waren. So behielten einige Landbewohner, die in die Städte zogen, ihren rural geprägten Lebensstil bei, andere

¹⁶⁵ EVA TESAR, „... wie ganz besonders sich ein Krokodil zur Erziehung einer Eidechse eignet“. Professionalisierung, Selbstverständnis und Kämpfe der ersten Lehrerinnengeneration in Österreich; in: BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, MITTERAUER (Hgg.), *Frauen-Arbeitswelten* 149.

¹⁶⁶ So konstatiert Hubbard für Graz eine starke Repräsentanz von Nicht-Steirern in der führenden Gesellschaftsschicht der Stadt, WILLIAM H. HUBBARD, *Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz, 1850–1914* (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 17, Wien 1984) 41.

¹⁶⁷ SCHIMETSCHKE, *Der österreichische Beamte* 210 ff.

¹⁶⁸ Vgl. dazu und im Folgenden MORITZ CSÁKY, *Die Gesellschaft*; in: *Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs*, 2. Teil: 1880–1916. Glanz und Elend (Beiträge). Niederösterreichische Landesausstellung Schloss Grafenegg 9. Mai – 26. Oktober 1987 (= Katalog des Niederösterreichischen Landesmuseums, N. F. 186, Wien 1987) 40.

versuchten sich bewusst – etwa in Wohnen und Kleidung –, dem städtischen Milieu anzupassen¹⁶⁹. Ähnliche Unterschiede zeigten sich zwischen der städtischen Lebensweise im Stadtgebiet und dem Leben in den oft landwirtschaftlich orientierten Vororten, wo sich die Tradition typischer Dorffeste und -bräuche fortsetzte. Der Bevölkerungsanstieg und die infolge sozioökonomischer Voraussetzungen wachsende Urbanisierung bewirkten aber gleichzeitig die „Auflösung noch vorhandener, mentalitätsmäßig verankerter gesellschaftlicher Strukturen und Normen“¹⁷⁰. Hier, wie auch auf der Ebene der kulturellen Entwicklung, trat die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, das heißt das Bestehen moderner und anachronistischer Formen der Vergesellschaftung zu ein- und derselben Zeit, deutlich zutage“. Daraus resultiert die Schwierigkeit, eine komparatistische, die Gesamtheit der Monarchie umfassende Sozialgeschichte zu schreiben und den unzähligen Ausprägungen und Facetten der Lebenswelt Arbeit gerecht zu werden, weshalb exemplarisch vorgegangen werden muss.

Regionale Differenzierung

Je nach Urbanisierungsgrad, darüber hinaus auch je nach Funktion bzw. Spezialisierung der Kronländer und Regionen, resultierte eine regionale Ungleichverteilung des Dienstleistungssektors. Die Bedeutung von Handel und Verkehr korrespondierte mit dem Industrialisierungsgrad einer Region. Überdurchschnittlich hohe Anteile der Dienstleistungsbereiche fanden sich daher in Niederösterreich (das industriell relativ weit fortgeschritten war, wobei Wien zu Niederösterreich zählte und als Hauptstadt mehrere zentrale Funktionen auf sich vereinte, etwa hinsichtlich Verkehr und Transport, Absatz und Vermarktung von Produkten etc.). Der hohe Anteil von Handel und Verkehr im Küstenland, der Region um Triest (Trieste, Trst, Terst; *Trieste*), erklärt sich aus der Funktion Triests und anderer Hafenzentren der Monarchie, bedingt durch die Bedeutung der Häfen als Warenumschatzplätze und der Schifffahrt. Eine wachsende Bedeutung von Handel und Verkehr ist auch für Salzburg, Böhmen und Tirol feststellbar. Damit korrespondierten die Anteile des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe. Zum tertiären Sektor gehörte auch das Militär, bei dem eine Konzentration auf die Region Triest bzw. auf Dalmatien und natürlich entlang der Militärgrenze zu konstatieren war. Insgesamt waren 1910 in Niederösterreich (Wien bedingt) 42 % der Berufstätigen in Handel, Geldwesen, Verkehr, freien Berufen und im öffentlichen Dienst beschäftigt, während dies im restlichen Cisleithanien nur auf 22 % zutrifft¹⁷¹. Auf Niederösterreich folgten aber nicht etwa die stärker industrialisierten

¹⁶⁹ JAN HAVRÁNEK, Prag in der Zeit der Industrialisierung; in: MONIKA GLETTNER, HEIKO HAUMANN, GOTTFRIED SCHRAMM (Hgg.), *Zentrale Städte und ihr Umland. Wechselwirkungen während der Industrialisierungsperiode in Mitteleuropa* (St. Katharinen 1985) 110 f.

¹⁷⁰ CSÁKY, *Gesellschaft* 40.

¹⁷¹ KURT W. ROTHSCHILD, *Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur*; in: WILHELM WEBER (Hg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen I* (Berlin 1961) 55. Daten im Detail nach BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, *Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur*, kompiliert aus Tabellen 54–57, 152 ff.

Regionen der Habsburgermonarchie, Böhmen, Schlesien oder Vorarlberg, sondern Salzburg mit 37 % (und dem höchsten Anteil in den Bereichen des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe) und Küstenland mit 35 % (Triest bedingt). Auch in Tirol hatte der tertiäre Sektor den sekundären zahlenmäßig überholt. Darin kam nicht nur die günstige Handelsposition zum Ausdruck, sondern vor allem der Aufschwung des Fremdenverkehrs. 1909 besuchten bereits 820.000 Gäste Tirol¹⁷². Die Schlusslichter bildeten Galizien und die Bukowina (je 15 %) bzw. Dalmatien (11 %).

*Differenzierung nach
Städtefunktionen und -typen*

Die augenscheinlichste Differenzierung verlief – unter Ausklammerung des Gesin- des – zwischen Stadt und Land. Die neu entstehenden Dienstleistungsberufe verbreiteten sich auf dem Land weit weniger dynamisch als in den Städten. Dies traf etwa auf die Angestellten zu. Doch auch bei den Städten ist nach Größe und nach zentralörtlichen Funktionen zu unterscheiden. Je höher die zentralörtliche Qualität und Ausrichtung einer Stadt, desto stärker differenziert war das Bürgertum, und dieses umfasste mit Bankiers und Großhändlern, (Groß)Kaufleuten, Advokaten, Ärzten, Professoren, Lehrern, leitenden Angestellten und Beamten vor allem Dienstleistungsberufe. Für das Wachstum, insbesondere der Großstädte, erwies sich ein dichtes Netz an Versorgungseinrichtungen, Handelsbetrieben, Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen, eben an unterschiedlichen Dienstleistern als besonders wichtig. Banken, Verwaltungszentralen großer Aktiengesellschaften, Warenhäuser, spezialisierte Geschäfte und eine Reihe anderer Dienstleistungsunternehmen wählten aus Verkehrs- und Kommunikationsgründen meist zentrale Standorte in den Innenstädten, womit sie zum Prozess der Citybildung beitrugen¹⁷³. Weniger zahlungskräftige Nutzungen, insbesondere Wohnungen und kleinere Produktionsstätten wurden aus den Stadtzentren verdrängt. Letztere wiesen zunehmend einen besonders starken tertiären Sektor auf, während sich in den äußeren Stadtregionen, bedingt durch Standort und Bodenpreis, platzaufwändigere industrielle Nutzungen niederließen und verstärkt Wohnungsbau betrieben wurde. Als Folge der Homogenisierung städtischer Teilräume entwickelten sich Oberschichtbezirke bzw. Villenviertel und Arbeiter- bzw. Industriebezirke. Auch Beamte konzentrierten sich, wenn auch nicht in so hohem Ausmaß, auf bestimmte Stadtviertel. In Wien galt etwa die Josefstadt wegen ihrer Nähe zu den Ministerien als Beamtenbezirk, in Prag waren die untere Neustadt (Nové Město; *Praha*), Königliche Weinberge (Královské Vinohrady; *Praha*) und Bubenssch (Bubeneč; *Praha*) bevorzugte Wohngebiete der Bourgeoisie und der Beamten¹⁷⁴.

¹⁷² BETTINA KESSLER, WOLFGANG MEIXNER, Tiroler Industrie und Gewerbe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTSDOKUMENTATIONEN (Hg.), Tiroler Wirtschaftschronik (o. O., o. J.) 193.

¹⁷³ RENATE BANIK-SCHWEITZER, Berlin – Wien – Budapest. Zur sozialräumlichen Entwicklung der drei Hauptstädte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; in: WILHELM RAUSCH (Hg.), Die Städte Mitteleuropas im 19. Jahrhundert (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 7, Linz 1983) 145.

¹⁷⁴ HAVRÁNEK, Prag 102.

Wien profitierte von seiner Multifunktionalität und hohen Zentralität. Die Stadt war politisches, administratives, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Monarchie. In der ungarischen Reichshälfte fiel Budapest eine ähnlich zentrale Bedeutung zu. In Wien war der Dienstleistungssektor daher am stärksten vertreten, neben Handel und Verkehr wiesen der öffentliche Dienst und die Bereiche häusliche und persönliche Dienstleistungen besonders hohe Anteile an den Berufstätigen auf. Zahlenmäßig ein vergleichsweise geringes Gewicht hatte der Sektor Banken und Versicherungen, obwohl Wien als dem unumstrittenen Finanzzentrum der Monarchie auch in diesem Bereich überragende Bedeutung zukam. Verwaltungen der Großunternehmen, medizinische und juristische Einrichtungen konzentrierten sich ebenso auf die Hauptstadt wie Zeitungen bzw. der Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Abgesehen von der Größe spielten auch Status und Funktion(en) der Stadt eine wesentliche Rolle für die Beschäftigtenstruktur. Neben Wien und Budapest gab es „nationale“ Hauptstädte, Landeshauptstädte ohne bzw. mit Universitäten (z.B. Czernowitz ab 1875), Städte, deren Bedeutung auf ihrer Funktion als Marktzentren für die agrarische Umgebung beruhte – wie die großen „Marktflecken“ der Ungarischen Tiefebene oder das südostmährische Ungarisch-Hradisch (Uherské Hradiště; *Uherské Hradiště*) –, weiters aufstrebende Viertelhauptstädte wie St. Pölten, Industriestädte wie Reichenberg (Liberec; *Liberec*), Aussig, Bielitz (Bílsko, Bielsko; *Bielsko-Biala*) oder Wiener Neustadt, Bischofssitze wie Brixen (Bressanone; *Brixen/Bressanone*) oder Trient (Trento; *Trento*), Landstädte mit verschiedenen verwaltungsmäßigen, ökonomischen und bildungsmäßigen Zentralfunktionen wie Mährisch Schönberg (Šumperk; *Šumperk*), Beraun (Beroun; *Beroun*) oder Ungarisch-Hradisch. Dazu kamen Kurstädte bzw. Fremdenverkehrszentren wie Baden, Gmunden, Karlsbad (Karlovy Vary; *Karlovy Vary*) oder Meran (*Meran/Merano*), Handelsstädte wie Bozen (Bolzano; *Bozen/Bolzano*), Saaz (*Žatec*) oder Bregenz, Verkehrsknotenpunkte wie Amstetten oder Wels, Häfen wie Triest, Garnisonsstädte bzw. Städte mit wichtiger strategischer Bedeutung wie Wiener Neustadt, Pola (Pulj; *Pula*) oder Bregenz und Wels, woraus sich eine unterschiedliche Konzentration von Dienstleistungstätigkeiten ergab¹⁷⁵. Kurstädte wiesen etwa einen hohen Anteil an Dienstboten auf, Verkehrsknotenpunkte oder Häfen eine Konzentration im Transport- und Verkehrswesen.

Die angeführten Städtedifferenzierungen stellen Idealtypen dar, meist vermischten bzw. ergänzten sich unterschiedliche Funktionen. So verfügte Bregenz im 19. Jahrhundert über die größte Garnison des Landes, war Handelsmittelpunkt, dazu bestimmten zahlreiche Landesbehörden, ein sich zunehmend diversifizierender Dienstleistungssektor sowie eine relativ dichte kulturelle Infrastruktur das Erscheinungsbild der Stadt. Der Ausbau von Bahn- und Schiffsverkehr ab 1870 beschleunigte wiederum die Entwicklung des Fremdenverkehrs sowie des Ausstellungswesens in Bregenz¹⁷⁶. Diese Mischung unter-

¹⁷⁵ ERNST BRUCKMÜLLER, Bildungsbürgertum und Intellektuelle in Wien und in den Kronländern; in: CORBEA-HOISIE, LE RIDER (Hgg.), *Metropole und Provinzen* 24; vgl. auch RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2 Karte 10.4: Städtetypen nach der Erwerbsstruktur 1910*.

¹⁷⁶ HUBERT WEITENSFELDER, *Bregenz – Liberalismus und Tourismus am Bodensee*; in: URBANITSCH, STEKL (Hgg.), *Kleinstadtbürgertum* 172.

schiedlicher Funktionen zeigte sich auch am Beispiel der nordböhmisches Industriestadt Reichenberg. Zahlreiche Schulen, das „Nordböhmisches Gewerbemuseum“, das 1883 eröffnete Stadttheater, die von Heinrich von Liebieg 1904 gestiftete Gemäldesammlung sowie zahlreiche wissenschaftliche Gesellschaften stärkten die kulturelle Bedeutung der Stadt und vergrößerten ihren Dienstleistungssektor¹⁷⁷.

Die Untersuchung des Wandels der Berufstätigkeit zwischen 1869 und 1910 in den fünf Städten Czernowitz, Brünn (Brno; *Brno*), Krakau, Innsbruck und Graz – von Möller als ländliche Stadt, Industriestadt, Handelsstadt, Beamtenheim bzw. Rentner- und Pensionistenstadt charakterisiert – zeigt, trotz deutlicher Anpassungstendenzen in der Beschäftigtenstruktur, den hohen Differenzierungsgrad innerhalb des Dienstleistungssektors¹⁷⁸. Czernowitz entwickelte sich im Untersuchungszeitraum zu einer von Kleingewerbetreibenden, Handwerkern und vom kleinen Warenhandel geprägten Stadt¹⁷⁹. Der hohe Anteil von Handel und Verkehr in Czernowitz 1910 (davon entfielen 34 % auf den Warenhandel, 21 % auf Transport und Verkehr, 10 % auf das Gast- und Schankgewerbe, 29 % auf sonstige Handels- und Verkehrsgewerbe, auf Handelsagenten, Dienstmänner, Leichenbestatter und vazierende Dienstleute), etwas höher als jener in der Industriestadt Brünn, ist hier nicht unbedingt als Indikator einer modernen Wirtschaftsstruktur zu interpretieren. Nicht in jedem Fall kann also von einem Zusammenhang der Bedeutung von Handel und Verkehr mit jener der Industrie ausgegangen werden. Brünn blieb die modernere Stadt. Indiz dafür war die Stärke der Geld- und Versicherungswirtschaft, die von keiner der anderen untersuchten Städte übertroffen wurde¹⁸⁰. Krakau wies einen starken Handelsschwerpunkt auf, auch der öffentliche Dienst und das Militär waren – ähnlich Innsbruck – in Krakau stark vertreten. Der hohe Anteil an Militärpersonen erklärt sich in Krakau daraus, dass die Stadt, nachdem sie 1846 an Österreich fiel, in eine Grenzfestung umgewandelt wurde. Krakau wurde somit ein am Rand gelegenes Zentrum eines bescheidenen Lokalmarktes und spielte auch keine wichtigere Rolle als Kommunikations- oder Verwaltungszentrum¹⁸¹. Innsbruck kann hingegen als Beamtenstadt charakterisiert werden. Unter der Berufsgruppe Handel und Verkehr zeigten sich hohe Konzentrationen im Gast- und Schankgewerbe und im Eisenbahnwesen. Graz ähnelte mit seiner Mischung aus Leichtindustrie, Handel und Bürokratie einer Reihe deutscher Städte wie Hannover oder Braunschweig¹⁸². Eine Besonderheit bildete jedoch ein besonders hoher Anteil

¹⁷⁷ HANNES STEKL, „Zentren“ und „Peripherien“ der westlichen Reichshälfte in der Einkommensverteilung um 1900; in: CORBEA-HOISIE, LE RIDER (Hgg.), *Metropole und Provinzen* 56.

¹⁷⁸ Dazu und im Folgenden MÖLLER, *Wandel der Berufsstruktur* 116 ff.

¹⁷⁹ HARALD HEPPNER (Hg.), *Czernowitz. Die Geschichte einer ungewöhnlichen Stadt* (Köln – Weimar – Wien 2000).

¹⁸⁰ GERHARD MEISSL, *Wien und Brünn – Metropole und Subzentrum im Wirtschaftsraum der Habsburgermonarchie zwischen 1890 und 1914*; in: LUKÁŠ FASORA, JIŘÍ HANUŠ, JIŘÍ MALÍŘ (Hgg.), *Brno Vídní, Vídeň Brnu. Zemské metropole a centrum říše v 19. století/Brünn – Wien, Wien – Brünn. Landesmetropolen und Zentrum des Reiches im 19. Jahrhundert* (Brno 2008) 173–192.

¹⁸¹ JACEK PURCHLA, *Krakau um die Jahrhundertwende: Metropole oder Provinzstadt*; in: CORBEA-HOISIE, LE RIDER (Hgg.), *Metropole und Provinzen* 32 f.; DERS., *Krakau unter österreichischer Herrschaft 1846–1918. Faktoren seiner Entwicklung* (Wien – Köln – Weimar 1993).

¹⁸² Vgl. dazu und im Folgenden HUBBARD, *Auf dem Weg zur Großstadt* 4.

von selbstständigen Berufslosen, Hausherren und Rentnern/Pensionisten, vor allem ehemaligen Staatsbeamten und Offizieren, der Graz die Bezeichnung „Pensionopolis“ einbrachte. Eine Begleiterscheinung des intensivierten Städtewachstums von Graz zwischen 1850 und 1869 war der Ausbau der Verwaltung. Im Prozess der Citybildung verlor die Innenstadt weitgehend ihren Wohncharakter und nahm den Charakter eines zentralen Geschäftsbezirkes an. Der Bau einer Technischen Hochschule und der Universität festigte in den jeweiligen Grazer Stadtteilen den Einfluss der Professoren, hohen Beamten und Rentiers. Entscheidende Impulse verlieh ferner der Eisenbahnbau, und zwar nicht nur für die industrielle Entwicklung der Stadt, sondern für die Ausweitung ihrer Handelsfunktion. 1854 – nach Fertigstellung der Strecke über den Semmering – wurde Graz mit Wien verbunden, 1857 mit Triest, zuletzt erfolgte 1873 durch die Anlage der Raaberbahn die Herstellung einer effizienten Verkehrsverbindung mit einem traditionellen Grazer Handelsgebiet, dem Südwesten Ungarns¹⁸³. Diese bessere Verkehrsanbindung wirkte sich positiv auf den (Groß)Handel aus, was sich auch an den Zuwächsen bei den Berufstätigen ablesen lässt¹⁸⁴. Weiterhin starke Gruppen unter den Berufstätigen stellten die freien Berufe, unter denen Lehrer, aktive Beamte und Rechtsanwälte herausragten bzw. ein relativ hoher Anteil auf den öffentlichen Dienst entfiel, was den Ausbau der Bürokratie widerspiegelt. Ein deutliches Wachstum hatten die Angestellten in Handel und Industrie zu verzeichnen. In Abnahme begriffen, wenn auch weiterhin zahlenmäßig von großer Bedeutung, war die Zahl der Diensthilfen, ihr Fortbestand hing eng mit der großen Zahl von „Bessersituierteren“ zusammen. Der Anteil der Erwerbstätigen des Dienstleistungssektors (Handel, Verkehr, öffentlicher Dienst, freie Berufe, Hausdienergewerbe – ohne selbstständige Berufslose, zu denen die beim Dienstgeber wohnende Hausdienerschaft gehörte) betrug 1910 in Graz und Brünn 59 %, in Innsbruck 69 %, in Krakau 68 % und in Czernowitz 61 %¹⁸⁵.

Dienstleister profitierten auf mehrfache Weise vom Industrialisierungsprozess. Der technische Fortschritt schuf neue Branchen, etwa Installateure und Elektriker, und machte Leistungen wie Service und Reparatur notwendig. Großbrauereien steigerten Bierproduktion und -umsatz und damit den Bedarf nach Gast- bzw. generell Verkaufsstätten. Am Beispiel der Stadt Eger (Cheb; *Cheb*) kann das Zusammenspiel zwischen voranschreitender Industrialisierung (es entstanden neue Fabriken, vor allem im Bereich von Schuhwaren) und dem Aufschwung des Handels deutlich gemacht werden¹⁸⁶. In Eger war gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein völliger Strukturwandel gegenüber den sechziger Jahren zu konstatieren. Gleichzeitig konnten umgekehrt bestimmte Dienstleistungsfunktionen für eine Reihe von gewerblichen Tätigkeiten bzw. von anderen Dienstleistungen förderlich sein. Gast- und Schankgewerbe sowie der Warenhandel müssen hier an erster Stelle angeführt werden. Eine Funktion als Kur- bzw. Badeort oder generell Zentrum des Fremdenverkehrs begünstigte beispielsweise das Konfektionsgeschäft und andere Kommerzalgewerbe vor Ort und in der näheren Umgebung, wie das Beispiel des böhmischen

¹⁸³ EBD. 58 f.

¹⁸⁴ Zur Berufsstatistik und zur sozialen Berufsstellung EBD. 90 ff.

¹⁸⁵ MÖLLER, Wandel der Berufsstruktur 135 Anm. 1.

¹⁸⁶ Vgl. dazu HERIBERT STURM, Eger. Geschichte einer Reichsstadt (Augsburg 1951) 340 ff.

Badeortes Franzensbad (Františkovy Lázně; *Františkovy Lázně*) zeigt, dessen Ausbau zu einem Tourismuszentrum Arbeitskräfte und Kapital anzog¹⁸⁷. Der Verselbstständigungsprozess Franzensbads von Eger wurde durch die Konstituierung der Gemeinde im Jahr 1852 besiegelt. Das Vorkommen von Mineralquellen hatte einen beschleunigten Strukturwandel Franzensbads zum Kurort und zu einem Zentrum des Fremdenverkehrs zur Folge. Ähnliches trifft auf den Ausbau des Kurortes Bad Gastein zu, der eine Erweiterung der Unterhaltungs- und Kommunikationsmöglichkeiten und damit der Erwerbsmöglichkeiten nach sich zog (z.B. Einrichtung einer Kurmusik bzw. einer Telegrafestation für die Kurgäste)¹⁸⁸. Die steigende Zahl von Kurgästen bewirkte ein Anwachsen von Ärzten und Betreuungspersonal. Als 1875 die Eisenbahn bis auf 25 km an Gastein heranrückte, bewirkte dies in der Folge eine wachsende Zahl von Hotels und Kurhäusern. Der Ort wurde einer Modernisierung unterzogen. Bereits 1887 erfolgte die Einführung einer elektrischen Straßenbeleuchtung, 1895 die Versorgung des ganzen Ortes durch ein neues E-Werk¹⁸⁹. Der Tauernbahn-Bau (1901–1905) zog nicht nur bis zu 4.000 ausländische Arbeiter in das Tal, als Begleiterscheinung wurden auch die Gasteiner Berge zunehmend dem Tourismus erschlossen, Alpinismus und Schilafahrt erfreuten sich wachsender Beliebtheit¹⁹⁰.

Der Tourismus wurde noch vor dem Ersten Weltkrieg zu einem Massenphänomen, das neben der aristokratisch-großbürgerlichen Klientel zunehmend auch wesentliche Teile der Mittelschichten zu erfassen begann. Zu den zentralen Fremdenverkehrsgebieten in der Monarchie entwickelten sich die böhmische Bäderlandschaft (Karlsbad, Marienbad [Mariánské Lázně; *Mariánské Lázně*], Franzensbad, Teplitz [Teplice; *Teplice*]), die Thermenlinie südlich Wiens mit Baden und Vöslau, das Vor- und Zentralalpengebiet des südlichen und südöstlichen Niederösterreichs (Semmering, Rax, Schneeberg), die Wachau und das Kampthal, das Salzburger Land, das Salzkammergut, die Kärntner Seen, die Tiroler Bergwelt, Südtirol mit Kurorten wie Meran, mit einiger Verzögerung Teile der Adriaküste von Grado bis Abbazia (Opatija, Postumia; *Opatija*), das um 1908 (hinter Karlsbad) an die zweite Stelle der Rangliste der meistbesuchten Kurorte in der österreichisch-ungarischen Monarchie vorgerückt war¹⁹¹. Kurorte wie die klassischen Sommerfrischen wurden zunehmend von Dienstleistungsbetrieben wie Friseuren, Fotografen, Putzereien, Apotheken, Restaurants, Kaffeehäusern, Konditoreien sowie von Unternehmen der Personen- und Gepäckbeförderung dominiert. Karlsbad beispielsweise

¹⁸⁷ EBD. 321.

¹⁸⁸ Vgl. dazu und im Folgenden HEINRICH VON ZIMBURG, Die Geschichte Gasteins und des Gasteiner Tales (Wien 1948) 282 f., 287.

¹⁸⁹ EBD. 306 f.

¹⁹⁰ EBD. 320 ff., 335.

¹⁹¹ Vgl. FERDINAND TREMEL, Der Binnenhandel und seine Organisation. Der Fremdenverkehr; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung (Wien 1973) 396; HANS HEISS, Tourismus und Urbanisierung. Fremdenverkehr und Stadtentwicklung in den österreichischen Alpenländern bis 1914; in: ALOIS NIEDERSTÄTTER (Hg.), Stadt. Strom – Strasse – Schiene. Die Bedeutung des Verkehrs für die Genese der mitteleuropäischen Städtelandschaft (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 16, Linz/Donau 2001) 217–246; ÖSTERREICHISCHES STATISTISCHES HANDBUCH 28 (Wien 1909) 57.

verzeichnete 1903 55.000 Gäste¹⁹², um deren Wohl sich Hoteliers und deren Angestellte, das Personal in den Bade- und Kuranstalten, Ärzte, Pfleger und Masseur kümmerten. Aufgrund der wohlhabenden Klientel blühte nicht nur der Handel mit Mineralwasser, sondern der gehobene Handel generell, etwa noble Bekleidungsgeschäfte. Auch Karlsbad verdankte seine Bedeutung mehreren zentralörtlichen Funktionen, z.B. im administrativen Bereich (Sitz der Bezirkshauptmannschaft, Bezirksgericht, Bezirksschulrat, Bezirkssanitätsrat), in wirtschaftlicher Hinsicht (Banken, Sparkassen) sowie in kulturell-schulischen Belangen (Gymnasium, kaufmännische und gewerbliche Schulen, Musikschule, Museen und zwei Theater). Dementsprechend viele Beamte, Lehrer und Bankangestellte bevölkerten die Stadt.

5. Konfliktfelder

Mit dem Prozess der Industrialisierung eng verbunden war das Schicksal einiger Gewerbe- bzw. Handwerksberufe sowie des Kleinhandels. Diese Wirtschaftsaktivitäten zählen im Allgemeinen zu den Verlierern der Industrialisierung, doch bedarf dieser Befund einer differenzierten Betrachtung. Die Industrialisierung erfasste sie in unterschiedlichem Ausmaß und Tempo. Insbesondere ökonomische Krisen, wie etwa die Depression des späten 19. Jahrhunderts, setzten etliche kleine Produktions- und Distributionseinheiten unter starken Druck. Krisen förderten allerdings auch Kleinbetriebe – der Weg in die Selbstständigkeit in Form der Eröffnung winziger Werkstätten oder Läden wurde oft als einzig verbliebener Ausweg aus der Krise angesehen. Zwar verloren traditionelle Beschäftigungen wie Gerber, Kammacher, Tuchscherer, Wachszieher, Weber stark an Bedeutung – die Industriekonkurrenz erwies sich meist als übermächtig –, gleichzeitig wiesen Handwerk und Gewerbe eine starke Beharrungskraft und eine hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf. In viele Handwerkszweige drang Handelskapital ein, was die Produktionsmethoden oft grundlegend veränderte. Ein beachtlicher Teil der neuen Geschäfte dürfte sich vom Handwerksbetrieb zum Einzelhandelsbetrieb entwickelt haben. Der frühere Hafner wurde zum Glas- und Tonwarenhändler, die Seifensiederei zur Wachswarenhandlung, die Schlosserei zum Eisen- und Haushaltswarengeschäft, der Drechsler zum Stock- und Schirmgeschäft. Schuster und Schneider begannen mit ihren eigenen Erzeugnissen zu handeln, umgekehrt waren zahlreiche Händler, wie Bäcker und Fleischer, auch als Produzenten tätig. Die Entwicklungen in Handwerk und Kleinhandel wiesen so auch einige Ähnlichkeiten auf, insbesondere die Vermischung von Produktion und Dienstleistung¹⁹³. Bei diesen Umstrukturierungen, die häufig notgedrungen erfolgten, blieben viele Gewerbetreibende auf der Strecke. Einzelnen Gewerben gelang es jedoch, ihr Profil zu ändern und in den Nischen von Reparatur, Montage, Wartung oder sonstigen Serviceleistungen bzw. im Bereich der Nahrungsmittelversorgung oft nicht

¹⁹² STEKL, „Zentren“ und „Peripherien“ 54 f.

¹⁹³ HAUPT, CROSSICK, Kleinbürger 20.

mehr als Produzenten, sondern als Dienstleister zu überleben. Der Trend zu stärkeren Dienstleistungsfunktionen im Gewerbe setzte im Untersuchungszeitraum massiv ein.

Während aber insgesamt die Handwerker durch das industrielle und städtische Wachstum zurückgedrängt wurden, vervielfachte sich die Zahl der kleinen Einzelhandelsgeschäfte. Zwar war auch der einzelne Ladenbesitzer dem Druck der kapitalistischen Industrialisierung ausgesetzt, aber Großunternehmen blieben im Handel die Ausnahme, und der Kleinhandel expandierte zunächst parallel zum industriellen und urbanen Wandel¹⁹⁴. In der Welt der kleinen Unternehmen bestand eine tief greifende soziale Heterogenität, gekennzeichnet durch gut situierte Händler mit oft mehreren Angestellten auf der einen Seite, die ihre Unternehmen an die nachfolgende Familiengeneration vererbten, durch Betreiber winziger Geschäfte auf der anderen Seite, die nur deshalb eröffnet wurden, weil ihnen durch ökonomische Krisen andere Möglichkeiten, den Lebensunterhalt zu verdienen, versperrt waren¹⁹⁵. Hier machten nicht die Läden ihre Eigentümer arm, sondern die Armut machte zum Ladenbesitzer¹⁹⁶. Oft war es der Bedarf nach einem zusätzlichen Familieneinkommen, der zur Gründung der Geschäfte beitrug, oft verrichteten die Männer – ausschließlich oder nebenbei – Lohnarbeit, während die Leitung des Geschäfts der Ehefrau oblag. Gerade diese Kleinsteinzelhändler zeichnete eine hohe Mobilität und Fluktuation aus, viele Einzelhandelsgeschäfte existierten nur für kurze Zeit. Zwischen diesen beiden Extremen lag die Masse der Kleinunternehmen. Einen extrem hohen Anteil an den Handelsbeschäftigten machten Familienangehörige aus, auch dies ist als ein Indiz finanzieller Knappheit zu werten, es fehlte an den Mitteln, einen Angestellten zu bezahlen. Nicht nur die Art der verkauften Produkte (Lebensmittel, Waren des täglichen Bedarfs, Luxuswaren usw.) bestimmte die Existenz der kleinen Händler, ebenso wesentlich war die Lage des Geschäfts innerhalb des Stadtraumes. Die Verteilung der Geschäfte über die Stadt entsprach weitgehend ihrer sozialen Struktur. Unterschiedliche Standorte bedeuteten auch innerhalb ein- und derselben Branche unterschiedliche Kundenfrequenz und Umsätze. Auch die Öffnungszeiten der Geschäfte differierten wesentlich. Die an der städtischen Peripherie gelegenen Geschäfte hielten oft den ganzen Tag und natürlich auch sonntags offen. In der Regel wohnten die Familien der Einzelhändler über oder neben dem Geschäft¹⁹⁷. Oft arbeiteten alle Familienmitglieder im Geschäft mit, Familie und Geschäft waren schwer voneinander zu trennen.

Selbstständigkeit war ein angestrebtes Ideal in der kleinbürgerlichen Welt, für die ansonsten Familie und Nachbarschaft besonders wichtig waren¹⁹⁸. Gerade in einer Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs schien die Welt der kleinen Ladenbesitzer vielen ein Ideal für die ganze Gesellschaft zu sein: übersichtlich, moralisch, vertraut und hierarchisch¹⁹⁹. Gleichzeitig sahen auch die Kleinhändler und Krämer – ähnlich den

¹⁹⁴ EBD. 18.

¹⁹⁵ EBD. 19 und 100 ff.

¹⁹⁶ EBD. 94. Bei HAUPT und CROSSICK findet allerdings die Lage in Österreich keine Erwähnung, es kann aber angenommen werden, dass ähnliche Entwicklungen auch in der Monarchie stattfanden.

¹⁹⁷ EBD. 125.

¹⁹⁸ EBD. 21 f.

¹⁹⁹ EBD. 149.

Handwerkern – wehmütig und verklärend auf die untergegangene „alte“ Stadt mit ihren Sicherheiten, ihrer Vertrautheit zurück²⁰⁰. Der Handel war zwar und blieb weiter klein strukturiert. Dennoch machte sich – wie in anderen Wirtschaftsbereichen – auch im Handel ein Konzentrationsprozess bemerkbar, zu dessen Symbol der Aufstieg der großen Warenhäuser wurde. Der in den Warenhäusern und deren Schaufenstern zur Schau gestellte Luxus, die großen Kapitalinvestitionen und die zentrale Geschäftslage symbolisierten für viele eine Zukunft ohne kleine Geschäfte²⁰¹. Mit dem Aufkommen der ersten großen Warenhäuser ab etwa 1860 war ein weiteres Konfliktfeld entstanden. Während weiterhin ein Großteil der Angestellten in der Wirtschaftsklasse Handel und Verkehr in Unternehmen mit weniger als 5 Beschäftigten tätig war, stießen die neuen, eine größere Auswahl bzw. ein breiteres Sortiment bietenden Warenhäuser auf heftige Proteste, obwohl ihre Zahl für den Einzelhandel zunächst keine wirkliche Konkurrenz bedeuten konnte (1902 gab es in Graz beispielsweise 4 Warenhäuser mit über 50 Beschäftigten)²⁰² und sie nur minimale Anteile am Gesamthandelsumsatz erbrachten. Verunsicherung und Zorn machten sich unter den kleinen Geschäftsleuten breit, letzterer richtete sich nicht nur gegen den neuen Geschäftstypus, sondern meist gegen die Juden – besonders in Wien –, die man in erster Linie für die Verbreitung dieses neuen Typus und für bestimmte kapitalistische Entwicklungen verantwortlich machte. Mit der Modernisierung der Ökonomie ging ein bedenklicher Anstieg des wirtschaftlich motivierten Antisemitismus einher²⁰³. Jüdische Geschäftsleute engagierten sich insbesondere im Einzelhandel und waren als Hausierer oder kleine Textil- bzw. Gemischtwarenhändler tätig. Mit dem Aufkommen des modernen Warenhauses verbunden waren heftige Konflikte zwischen traditionsverhafteten Kaufleuten und mit Massenabsatz kalkulierenden Unternehmern. Das Kaufhaus stand für viele Ladenbesitzer auch für die Bedrohung der Familie, oft der sozialen Ordnung als Ganzes, etwa indem es die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anonymisierte²⁰⁴. Noch größer schien die Bedrohung für den kleinen Einzelhandel durch die Konsumvereine bzw. -genossenschaften zu sein, eine weitere Gefahr stellten Handelsketten und Filialbetriebe dar, etwa jene der Firma „Julius Meinl“. „Meinls“ rasche Expansion hing damit zusammen, dass die Firma die Zeichen der Zeit und des wachsenden Wohlstands erkannte und ursprünglich zu Hause verrichtete Tätigkeiten, wie das Kaffeerösten oder das Einkochen von Marmelade, ersetzte. 1914 zählte man in der Monarchie bereits 115 Filialen, wobei „Meinl“ besonderes Augenmerk auf die einheitliche Gestaltung der Filialen richtete. All diese Phänomene stellten nicht nur eine gefühlte psychologische Bedrohung dar. Ab der Jahrhundertwende schwächten die neuen Unternehmensformen, die Großkaufhäuser und Magazine, die Handelsketten, Versandgeschäfte und Konsumvereine mit ihren modernen Methoden der Warenpräsentation, Lagerung, Konservierung, Werbung oder des Vertriebs und ihren meist niedrigeren Preisen, den Kleinhandel, und

²⁰⁰ Dazu WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte III 756 f.

²⁰¹ HAUPT, CROSSICK, Kleinbürger 72 ff.

²⁰² Daten nach HUBBARD, Auf dem Weg zur Großstadt 78.

²⁰³ Vgl. CSENDES, OPLL (Hgg.), Die Stadt Wien 106.

²⁰⁴ HAUPT, CROSSICK, Kleinbürger 150 f. Hier finden sich auch weitere Argumentationen für die zerstörerischen Wirkungen des Kaufhauses auf die bürgerliche Familie.

auch die Spezialisierung nach Kundenbedürfnissen brachte keine wesentliche Entlastung. Der Druck auf Kleinunternehmer hatte zweifellos zugenommen.

Der sozioökonomische Strukturwandel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts forderte unter vielen wirtschaftlichen Aktivitäten Opfer und stieß auf viele Widerstände. Traditionelle Sektoren und Beschäftigtengruppen wurden mit neuen Arbeitswelten und Erwerbsmöglichkeiten konfrontiert, was mit vielen Ängsten, realen wie irrationalen, verbunden war. Neue Technologien bzw. Produkte veränderten die Tätigkeiten, schufen aber auch neue Berufsmöglichkeiten – in Industrie und Gewerbe wie im Dienstleistungssektor. Es entstanden Berufe, die auf Reparatur und Installation spezialisiert waren, wie Elektriker, Automechaniker, Fahrradreparateure, Klempner usw. Bildhauer begannen mit der Herstellung von Grabdenkmälern. Auch Telegrafie, Telefon und Schreibmaschine eröffneten neue Berufschancen. Diese neuen Technologien symbolisieren die neuen gesellschaftlichen Anforderungen. Sandgruber betont insbesondere die zunehmende Bedeutung sowohl der Informationsverarbeitung wie der Informationsvermittlung auf mehreren Ebenen²⁰⁵. Moderne Verkehrsmittel brauchten für ein reibungsloses Funktionieren neue Kommunikationsmittel, das rasche Wachstum des Handels- und Bankenverkehrs potenzierte die Informationsverarbeitung, und nicht zuletzt entstand durch das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit an Information eine erste Informationsgesellschaft. Zu erwähnen ist etwa das exponentielle Wachstum von Zeitungen und des Postverkehrs. Expansions- und Ausdifferenzierungsprozesse charakterisierten das Verlagswesen und die Buchhandlungen bzw. Leihbibliotheken. Die Zahl von Schriftstellern und Journalisten, für die es noch keine eigene Ausbildung gab, wuchs stetig. Innovationen wie die Rotationspresse, die Setzmaschine oder die Drahtheftmaschine bewirkten hier eine rasante Entwicklung. Mit dem wachsenden Lesepublikum kam den Annoncen, der Werbung eine gesteigerte Bedeutung zu. Die „Verkehrsrevolution“ beschleunigte wiederum den Transport und damit die Verbreitung von Nachrichten. Dichtere Kommunikationsnetze wurden geknüpft, und zahlreiche posttechnische Neuerungen beschleunigten und erleichterten den Verkehr. Der elektrische Telegraf war zuerst ein Anliegen der Eisenbahnverwaltungen, ab 1848 wurde der Staatstelegraf auch Privaten geöffnet, um die Jahrhundertwende bestand bereits ein Telegrafennetz von rund 50.000 Kilometern. Nachrichten und Geschäftsinformationen überwandten immer schneller immer größere Entfernungen. Als Beginn des Telefonzeitalters kann man das Jahr 1881 ausmachen, als Wien die Bewilligung für die Herstellung eines Telefonnetzes bekam. Mit den neuen Technologien verbunden war eine Änderung vieler Arbeitsabläufe, insbesondere in den Büros: Charakterisiert Sandgruber das alte Büro durch Ärmelschoner, Stahlfedern, Steckkarteien und Karteikarten²⁰⁶, so zeichnete sich hier ein gewaltiger Wandel ab. Telefon, Kurzschrift und

²⁰⁵ ROMAN SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (= *Österreichische Geschichte*, herausgegeben von HERWIG WOLFRAM, Wien 1995) 277.

²⁰⁶ EBD. 278.

Schreibmaschine revolutionierten das Büro. Vorreiter der Mechanisierung und Rationalisierung der Büroarbeit wie die „Österreichische Postsparkasse“ verwendeten nach der Jahrhundertwende bereits Rechen-, Schreib-, Frankier- und Adressiermaschinen, Kopiergeräte, Diktierphonographen, Briefschließ- und Brieföffnungsmaschinen, Rohrpostanlagen, Geldzählgeräte und maschinelle Bleistiftspitzer²⁰⁷. Nicht von ungefähr verwendet man für diese mit den letzten technischen Neuerungen versehenen und organisierten Betriebe den Terminus einer „Belegfabrik“.

Ein wesentliches Merkmal des Dienstleistungssektors im Untersuchungszeitraum bestand in seiner Heterogenität. Dies zeigte sich etwa bei den persönlichen Dienstleistungen. Während bei der großen „alten“ Gruppe der häuslichen Dienste der zunehmende Lebensstandard mittel- und langfristig Nachfrage und Angebot verringerte, trat bei den anderen, meist „neuen“ persönlichen Diensten, etwa bei den Gesundheitsdiensten, ein gegenteiliger Effekt auf (auch wenn der eigentliche Wandel auf die Zeit nach 1918 entfiel). Die Überwindung von Zeit und Raum und die Aufbereitung von Information wurden anfangs als weitere zentrale Funktionen des Dienstleistungssektors ausgemacht, beide Funktionen zu stärken, war eine Anforderung des gesellschaftlichen Wandels am Ende des 19. Jahrhunderts, und ihr Bedeutungszuwachs äußerte sich in einer Expansion vieler Dienstleistungsberufe. Doch verlief diese Expansion nicht konfliktfrei, Bruchlinien und Spannungsfelder taten sich nicht nur gegenüber der neuen Industrieproduktion auf, sondern innerhalb des Dienstleistungssektors selbst. Männer wehrten sich gegen in ihre Berufe eindringende Frauen, der kleine Einzelhandelsangestellte stand gegen den neuen kaufmännischen Angestellten der Warenhäuser und Filialisten, um hier nur zwei Konfliktfelder nochmals zu benennen. Umbruchphasen werden oft schmerzlich erlebt, dies verdeutlicht die Phase der Formierung, Auffächerung und Ausdifferenzierung, eine Art Gründerzeit eines neuen Dienstleistungssektors am Ende des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts in der Habsburgermonarchie, in eindrucksvoller Weise.

²⁰⁷ Vgl. dazu im Detail MICHAEL WAGNER, PETER TOMANEK, *Bankiers und Beamte. Hundert Jahre österreichische Postsparkasse* (Wien 1983) 107–201.